

Bezugspreis: Für den Monat Februar 2000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Ungarn 2000 M., für das übrige Ausland 4000 M. Postbezugspreis freibleibend. Postbedingungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit', der Unterhaltungsbeilage 'Beim Welt' und der Beilage 'Erholung und Kleingarten' erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegraphische Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295
Verlag: Dönhoff 2506-2507

Freitag, den 9. Februar 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction der Dillkonto-Gesellschaft, Depositionskasse Lindenstraße 3

Anzeigensätze:
Die einseitige Kopiergebühr beträgt 600 M. Reklameweile 2000 M. 'Kleine Anzeigen' des Freitagabends (150 M. pro Zeile) und des Samstagabends (100 M. pro Zeile) sind von der ersten Zeile an zu zahlen. Jede weitere Zeile 70 M. Wörter über 15 Buchstaben zählen für zwei Wörter. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 150 M.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geschäftszeit von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Kundgebungen in Wiesbaden.

Wiesbaden, 8. Februar. (WZ.) In der vergangenen Nacht wurden hier Platane angezündet, in denen gegen die letzten Befandlungen der Rheinlandkommission wegen der Anordnung der Beamtenschaft unter die französischen Behörden Stellung genommen und erklärt wird, daß für die deutschen Beamten nur die Anordnungen der preussischen Staats- und der Reichsregierung maßgebend sein könnten, und daß sie ihre Pflicht tun würden, komme, was da mag. Die Kundgebung war von den verantwortlichen Vertretern der Behörden, Körperschaften, Berufsverbänden, Gewerkschaften und politischen Parteien mit ihrem Namen unterzeichnet. Im Laufe des heutigen Vormittags fanden vor diesen Platanen große Menschenansammlungen statt, bis gegen 11 Uhr französische Radfahrpatrouillen die Stadt durchzogen, die Platane entfernten und die Menschenansammlungen zu zerstreuen suchten. Derittene Spahls eilten teilweise auf den Fußwegen der Straßen. In der Schwabacher Straße kam es zu einem blutigen Zwischenfall. Ein junger Mann kam mit einem Franzosen in Wortwechsel, der damit endete, daß der Deutsche zu schütten versuchte, worauf der Franzose seinen Revolver zog, hinter dem Flüchtigen herseuerte und ihn auch traf. Der Grad der Verwundung konnte noch nicht festgestellt werden, da bei den Behörden noch nichts Näheres zu erfahren war. In den Nachmittagsstunden herrschte in der Stadt wieder Ruhe.

Jeden Tag ein Mord.

Essen, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Bei der heute morgen erfolgten Befehung des Bahnhofs Wanne haben sich Schreckensszenen abgespielt. Wie jetzt bekannt wird, ist der Zugführer des D-Zuges 27 von einem französischen Soldaten mit einem Kolben auf den Kopf geschlagen worden. Der Zugführer ist gestorben. Die Reisenden eines von Langendreer kommenden Personenzuges wurden von den Franzosen mit gefülltem Bajonett von den Bahnsteigen vertrieben. Viele Reisende mußten ihr Gepäck im Zuge lassen.
Im Bezirk Essen ist die Rückaufwagensperre aufgehoben worden. Die Verkehrsperre soll aufgehoben werden. Heute vormittag fuhren die ersten zwei Kohlenzüge mit französischem Personal über Bochum, Guterberg nach Aachen-West. Es handelt sich um zwei mittlere Züge.
Im Hauptbahnhof wollten französische Posten einen Schutzpolizisten festnehmen, weil er nicht begrüßt hatte. Die Festnahme mißlang. Da die französischen Posten Anstalten machten auf den Schutzpolizisten zu schließen, zogen mehrere Schutzpolizisten ihre Revolver. Daraufhin entfernte ein hinzugekommener französischer Offizier die französischen Posten. Heute vormittag wurde die große Schaulenstraße der französischen Buchhandlung am Hauptbahnhof zertrümmert. Ein französischer Offizier stellte den in der Nähe stehenden Schutzpolizisten zur Rede und wollte ihn ohrfeigen. Die rasch zusammengeströmte Menge entwaffnete darauf den Offizier.

Die Beamtenverfolgung.

Frankfurt a. M., 8. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Das Hauptamt Kreuznach, dessen Amtsräume bereits von den Franzosen besetzt worden waren, hatte eine Hilfsstelle in der Rühlheimer Straße eingerichtet, die heute ebenfalls besetzt worden ist. Die sechs Beamten der Hilfsstelle sind verhaftet, Akten und Formulare beschlagnahmt.
Hauptamt in Duisburg-Ruhrort besetzt und geschlossen, Zollinspektor Janzen wurde verhaftet. Zollämter Hamburg und Hattingen besetzt, Zollinspektor Briffertorn und Regierungsrat Dr. Emmer-Giese, Zollrat Deichmann-Kaldenkirchen, Oberzollinspektor Ufer und Riele-Kaldenkirchen vom belgischen Kriegsgericht in Aachen zu je acht Tagen Gefängnis verurteilt. Strafe durch Untersuchungshaft verbüßt. Die Verurteilten gefesselt nach West gebracht und mit ihren Familien ausgewiesen.
Postamt Offenburg besetzt, die Beamten hinausgewiesen, Postdirektor Krieg und Oberpostsekretär Frey verhaftet. Postmeister Friedr. Wetter verhaftet, weil er sich geweigert hat, an französische Befehle Gehorsam zu leisten. In Herbede Postmeister der Post und Postprokurator Rigge-Herbede verhaftet und abgeführt.
In Kellinghausen ein Regierungsrat beim Polizeipräsidium verhaftet und ausgewiesen, ebenso eine Kommission von 5 Polizeibeamten, die wegen dieser Maßnahmen vorbestraft worden war. In Düsseldorf 2 Postbeamte verhaftet, die Maßnahmen für das Verhalten der Postbeamten verteilten. In Duisburg und Oberhausen wurden die Telegraphendirektoren ausgewiesen. Gastwirt Goff in Brechten wurde ohne Angabe von Gründen ausgewiesen. In Witten Polizeihauptmann von Digenau wegen Gruppenerweiterung verhaftet. Einem aus Herbede ausgewiesenen Postmeister wurde angekündigt, daß seine Ausweisung auf zwei Jahre gelte. Kehre er früher zurück, so werde er nach Aachen geschickt werden. In Hattingen der Vertreter des ausgesetzten Landrats, Regierungsrat Brämich, ohne Angabe von Gründen festgenommen, in Weimar der Amtmann Köding. In Homberg am Niederrhein Oberpostmeister Eisenbrun verhaftet, weil er sich weigerte, die Namen von den Bezieher einer bestimmten Zeitung mitzuteilen. In Düsseldorf der Leiter des Telegraphenamtes und Telegraphen-

direktor Neuroth verhaftet, ebenso die Eisenbahndirektionspräsidenten Bohle-Trier, Lieberich-Ludwigsbafen.

Der Düsseldorfer Berichterstatter der Agentur Havas meldet, die deutschen Beamten seien von der französischen Behörde davon in Kenntnis gesetzt worden, daß unter die Abmachungen, die in späteren Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich getroffen werden würden, eine Bestimmung aufgenommen werden würde, durch die denjenigen deutschen Beamten, die nach den Anweisungen der Befehlsbehörde weitergearbeitet hätten, ihre Gehälter und Pensionen garantiert würden.

Dazu schreibt WZ.: Die deutschen Beamten werden sich auch durch derartige Lockungen nicht abhalten lassen, das zu tun, was ihnen die Pflicht gegenüber ihrem Vaterlande vorschreibt.

Man braucht Gefängnisse.

Zweifellos, 8. Februar. (WZ.) Das Ansinnen der französischen Befehlsbehörde an die deutsche Justizbehörde, das Gefängnis zu räumen, war abgelehnt worden. Der erste Staatsanwalt erklärte, daß er nur der Gewalt weiche. Daraufhin wurden den deutschen Beamten mit Gewalt die Schlüssel abgenommen, die Zellentüren geöffnet und die Straf- und Unterhaltungsgegenstände in Freiheit gesetzt. Am Hauptportal wurden die Gefangenen aber von Gefängnisbeamten und Gendarmen in Empfang genommen und in Trupps abgeführt. Da das andere Gefängnis der Stadt überfüllt ist, müßten die Strafgefangenen zunächst in Kasernenquartieren untergebracht werden, von wo aus sie in auswärtige Gefängnisse verlegt werden. Das gesamte Gebäude mit allen Einrichtungsgegenständen, sowie den Kafs- und Holzvorräten im Werte von vielen Millionen wurden beschlagnahmt. Die Wohnungen der Verwaltungsbeamten, Postmeister usw. müssen bis Sonnabend geräumt sein.

Poincaré lehnt Aufklärungen ab.

Paris, 8. Februar. (Eca.) Nach einer Meldung des 'Temps' statete der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Ceygus, heute Poincaré einen Besuch ab. Ceygus sprach dabei den Wunsch aus, Poincaré möge im Ausschuh Erklärungen über den Verlauf der Ruhraktion abgeben. Poincaré antwortete, er könne im Augenblick den Wünsche der Kommission nicht nachkommen und insofern auch nicht vor der Kommission erscheinen. Es bleibt abzuwarten, ob die Mitglieder der Kommission sich mit diesem Bescheid begnügen werden, oder ob die morgige Sitzung eine neue Interpellation betr. die Ruhraktion bringen wird.

Paris, 8. Februar. (Eca.) Ueber die gestrigen Verhandlungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Kammer, die Poincaré erneut energisch aufforderte, der Kommission über die Vorgänge im Ruhrgebiet und über die Lausanner Verhandlungen Rechenschaft abzulegen, werden nachträglich interessante Einzelheiten bekannt. Die Aussprache in der Sitzung verlief außerordentlich heftig. Eine ganze Anzahl der an der Debatte teilnehmenden Redner warf der Regierung vor, daß sie es verabsäumt habe, die Ruhraktion richtig vorzubereiten. Seit drei Jahren, so führte einer der Redner aus, habe man Konferenzen über Konferenzen abgehalten. Aber in dem Augenblick, in dem man dazu geschritten sei, das Ruhrgebiet zu besetzen, habe man nicht daran gedacht, daß 80 000 alliierte Ingenieure keinesfalls die Arbeit von 5000 deutschen Ingenieuren verrichten oder diese auch nur kontrollieren könnten. Die elsässischen Abgeordneten hoben insbesondere hervor, daß man nicht daran gedacht habe, sich genügend Ingenieure oder andere Hilfskräfte aus Elsaß-Lothringen zu sichern, die wenigstens der deutschen Sprache mächtig seien, während eine große Anzahl der in das Ruhrgebiet entsandten Ingenieure der Vianierformationen die deutsche Sprache nicht beherrschte. Tardieu beschästigte sich insbesondere mit dem Ausgang der Lausanner Konferenz.

Wie man 'Freiwillige' wirbt.

Paris, 8. Februar. (Eca.) Wie die Abendpresse mitteilt, wird ein neues Kontingent von 4500 französischen Eisenbahnern morgen nach dem Ruhrgebiet abgehen. Le Trocquer beabsichtigt außerdem, eine Anzahl Eisenbahner wieder einzustellen, die im Verlauf des Streiks im Jahre 1920 entlassen worden sind. Sie sollen alsdann auf den Eisenbahnen im neu besetzten Gebiet Dienst tun.

Zwei Jahre lang hat man die Gemahregelten hungern lassen, jetzt stellt man sie vor die grausame Wahl, entweder weiter zu hungern, um ihrer proletarischen Bestimmung treu zu bleiben, oder wieder eingestellt zu werden, um Handlangerdienste dem französischen Imperialismus zu leisten. Fürwahr eine saubere Politik!

Ruhrinterpellation in Prag.

Prag, 8. Februar. (Eig. Drahtbericht.) In einer Interpellation fragt die deutsche sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses den Minister für Auswärtige Angelegenheiten, ob bereit sei, zur nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses zu erscheinen und einen ausführlichen Bericht zu erstatten, und ob er weiter bereit sei, durch Zählungnahme mit den Verbänden auf tschechische Bellegung des Ruhrkonflikts hinzuwirken.

(Siehe auch 2. Seite.)

Deutschnationale Sorgen.

Der Beschluß des Sozialdemokratischen Parteiaussschusses hat jedem, der es hören will, gesagt, daß es Aufgabe der Parteigenossen sei, alles zu tun, um die Abwehr des gewalttätigen französisch-belgischen Einmarsches in friedliches Gebiet durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen und alles zu unterlassen, was geeignet ist, diese Abwehr zu stören und die Pläne des französischen Imperialismus zum Erfolg zu führen. Der Parteiaussschuh widersprach gleichzeitig der von der französischen Regierungspropaganda aufgestellten beleidigenden Behauptung, daß der Widerstand der Arbeitnehmer gegen die militärische Invasion auf eine Anweisung der Reichsregierung zurückzuführen sei.

So klar und eindeutig diese Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei auch sein mag, die Deutschnationalen haben an ihr mancherlei auszusetzen. In der 'Deutschen Tageszeitung' z. B. bemüht sich der Reichstagsabgeordnete Baeder, den Eindruck zu erwecken, als wenn die deutschen Sozialdemokraten trotz allem im geheimen Bunde mit Frankreich ständen. Weil im 'Matin' und anderen chauvinistischen Blättern Frankreichs versucht wird, den französischen Lesern einen Unterschied zwischen dem Standpunkt der deutschen Regierung und der deutschen Sozialdemokratie zu suggerieren, behauptet der 'Einheitsfrontler' Baeder frisch drauflos, das geschehe 'nicht ohne Grund'. Vor allem fordert er die Sozialdemokratie auf, sich offen darüber zu erklären, ob sie auf dem Standpunkt der Regierung Cuno stehe, daß 'Deutschland sich auf keine Verhandlungen mit Frankreich einlassen werde, solange noch ein bewaffneter Franzose widerrechtlich auf deutschem Boden stehe'. Gleichzeitig werden die preussischen sozialdemokratischen Minister verdächtigt, sie täten zwar so, als ob sie die Reichsregierung in der Abwehr voll unterstützten, aber sie hätten noch keinerlei Erklärung darüber abgegeben, ob sie auch ohne Räumung des Ruhrgebietes zu Verhandlungen bereit seien.

Ganz ähnliche Töne, vielleicht noch etwas deutlicher, schlägt die deutschnationale 'Pommersche Tagespost' an. Dies Provinzialblatt behauptet, Frankreich habe sich 'mit vollem Recht, so muß leider gesagt werden', daran gewöhnt, die 'Deutschen Sozialisten als faherren Aktioposten in seine Rechnung einzustellen'. Und dann geht es weiter: es bleibe den Sozialdemokraten 'höchste Moral, den nimmermatten Pariser Moloch mit deutschem Schweiß und Blut zu mästen', 'sozialistische Faselhänse' würden außer in Deutschland nirgends ernst genommen, in den 'sozialistischen Pressefloaten' wäre 'jedes Wort ein Gifttropfen, jeder Satz ein Dolchstich in den Rücken' und so fort mit Grazie ins Unendliche.

Wir haben nicht die Absicht, den dreisten 'Fragern' eine Antwort zu geben. Sie werden wohl selbst davon überzeugt sein, daß die Frage der Verhandlungen einstweilen noch in weitem Felde liegt. Wir halten es auch für selbstverständlich, daß die Regierung Cuno, die ja die bedingungslose Unterstützung der Deutschnationalen genießt, die eventuell notwendigen Verhandlungen führt. Und wir haben die Ueberzeugung, daß die ausbringliche Reugier der Deutschnationalen nach unserer Verhandlungsbereitschaft lediglich dem Zwecke dienen soll, von vornherein jedem Versuch zu begegnen, das Ruhrabenteuer zu liquidieren, bevor noch größere Erschütterungen der Republik eintreten.

Daß Herr Cuno noch am letzten Sonntag in Essen sich über seine Verhandlungsbereitschaft ausgesprochen, ist den Deutschnationalen augenscheinlich entgangen. Ebenso entgangen, wie die Tatsache, daß im Ruhrrevolver wie anderen Orts die Lebensmittelpreise ins Ungerheuerliche steigen, so daß sich sogar der Geschäftsführer des (christlichen) Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bernhard Otte, veranlaßt sieht, in der Zeitung 'Der Deutsche' der Landwirtschaft ins Bewissen zu reden, daß sie es nicht allein mit Lebensmittelpenden getan sein lasse, sondern darauf achte, die Preise nicht ins Ungemessene an sich wessen zu lassen. Es sei schon bei den jetzigen Preisen nicht mehr möglich, daß eine Familie mit mehreren Kindern sich auch nur das Allernotwendigste an Lebensmitteln beschaffen kann. So dürften sich die Verhältnisse nicht weiter entwickeln, wenn nicht die Widerstandskraft des Volkes erlahmen sollte.

Von alledem darf die deutschnationale Presse im Interesse des Agrarierturns natürlich nichts wissen. Um den Jörn über die landwirtschaftlichen Dollarpreise abzulenken, verdächtigt sie die Sozialdemokratie. Das alte Rezept wird ihr aber angesichts der wachsenden Not nichts mehr nützen.

Die Sozialdemokraten kennen die Art, mit der man sie jahrzehntlang in Deutschland verleumdete und zu Menschen minderen Rechts gestempelt hat. Sie wissen auch, daß nicht zuletzt durch diese Methode das deutsche Volk im Ansehen der Welt herabgewürdigt worden ist und daß wir ihretwegen im Weltkampf während des Krieges fast erdrückt worden wären. Es soll allerdings nicht zum zweiten Male geschehen, daß das Profitinteresse unter nationalem Wändeln über die Lebens-

interessen der Nation triumphiere. Darum wird die sozialistische Arbeitnehmerschaft scharf Ausschau halten nach denen, die immer noch „das Schwert im Munde“ führen und dabei schnell ihre Taschen füllen, ob auch Kinder und Greise, Frauen und Männer darüber zugrunde gehen.

Sturmtruppenführer Ludeke. Die Deutschnationalen am Narrenseil.

Die Münchener Polizei hat sich endlich dazu aufgeschwungen, den Sturmführer der Hitler-Bande, Hugo Ernst Ludeke, in Haft zu nehmen. Ludeke hat unter den Münchener Nationalisten die wichtigste Rolle gespielt. Seine nationalsozialistischen Heftreden überboten selbst das in München übliche Maß. Daneben beschäftigte er sich in der Hauptsache damit, Waffen für den beabsichtigten Aufstand zu beschaffen, und als während der Hitler-Parade die politische Stimmung in München zur Fieberhöhe gesteigert war, fuhr Ludeke im Auto von Kasernen zu Kasernen und warf riesige Bestechungssummen aus, um die Münchener Reichswehr samt Waffen für das Aufstandsunternehmen anzukaufen. Seine riesigen Ausgaben, vor allem die Millionenbeträge, die er in Frank befahl, erweckten schließlich den Verdacht, daß er in französischen Diensten stehe. Er wurde daraufhin verhaftet, und damit ist seine Laufbahn einstweilen unterbrochen.

Die Laufbahn Ludekes ist die eines Halunken. Seine Bitterung ging dahin, die nationalsozialistische Stimmung in ein gutes Geschäft umzumünzen. Er schimpfte auf die Republik, drohte ihren Führern Rache und Todesschlag an — dafür wurde er als nationaler Held gefeiert und in bar glänzend belohnt. Zugleich verhöhlerte er die Geheimpläne der „vaterländischen Verbände“, deren Vertrauensmann er war, an das Ausland und verschaffte sich damit einen noch glänzenderen Valuedienst. Der Fall Ludeke ist aber zugleich ein Beweis dafür, daß in der nationalsozialistischen Bewegung auch ein notorischer Verbrecher hochkommen kann, wenn er nur das nötige Schimpfmantraul mitbringt und das hysterische Gekreisch nach „nationalen Taten“ richtig zu dirigieren versteht.

Ludekes Laufbahn begann im Kriege. Damals war er in Südamerika als englischer Agent tätig. Nach dem Kriege gab er in Danzig ein deutschnationales Heftblatt, die „Ostwacht“, heraus, wurde Mitglied der Deutschnationalen Partei und des Deutschvölkischen Schut- und Truppbundes und überdies in dieser Eigenschaft alles, was an Hege gegen die Republik geleistet werden konnte. Im Herbst 1921 wurde er als polnischer und französischer Spion entlarvt.

Ludeke gab daraufhin eine Sondernummer seiner „Ostwacht“ heraus, gab darin seine verrückte Tätigkeit offen zu und prahlte damit, daß es ihm dank der Dummheit der deutschnationalen Kreise gelungen sei, ein glänzendes Geschäft zu machen. Denjenigen aber, die ihn bisher finanziell und moralisch unterstützt hatten, den Deutschnationalen, die seine „Ostwacht“ begeistert lasen und Barm schlugen, weil sie wegen eines Gedichtes zur Verherrlichung der Ermordung Erzbergers verurteilt wurde, rief er folgendes ins Gedächtnis:

„Die „Ostwacht“ war ein Narrenseil! Solch rohes Geplär, wie ich es in der „Ostwacht“ drucken ließ, konnte nur dem wenig wählertischen Geschmaack der Alldutschen wohl tun. Und die „Ostwacht“ tat ihnen wohl! Täglich gewann ich neue Mitarbeiter, jede Post brachte mir Lobes- und Anerkennungs-schreiben. Als ich das auf die Bösheit der Reaktion zugeschnittene Gedicht zur Verherrlichung der Ermordung Erzbergers vom Stapel ließ, glaubte ich die Saite überspannt zu haben; aber nein, die Dummheit der Herren Alldutschen war doch noch größer, als ich annahm, und ich erhielt — nicht weniger als 32 Glückwünsche und Lobeschreiben aus den Kreisen Danzigs und auch des gesamten Deutschen Reiches.“

Diese Sätze geben zu denken. Kritiker nehmen die völkischen Kreise jeden Verbrecher in ihren Reihen auf, wenn er nur gehörig in das nationale Horn zu tuten versteht. Sie fragen nicht nach Namen und Herkunft, wenn er nur nach „nationalen Taten“, nach „Abrechnung mit den Novemberverbrechern“ kreischt. Nur so ist es erklärlich, daß der ausgefeimte Gauner Ludeke kurz nach seiner Enttarnung in Danzig sein ehrsames Handwerk in München mit noch größerem Erfolg fortsetzen konnte.

Erbliche Folgen des Alkoholismus.

Wie geben diesen Aufruf wieder, zugleich mit den besten Charakter der geplanten Ausgabe feinsinnig verbinden. Manches hier in Betracht kommenden Verlangen und Familien werden Bedenken tragen, die gewünschte Auskunft zu erteilen. Im Interesse der Lösung einer für die Volksgesundheit so überaus wichtigen Frage wäre aber zu wünschen, daß diese Bedenken übermüht werden.
H. B. „GEMÜTT“

Das große Gebiet der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist nach heftigem Kampf „trotzen gelegt“. Das heißt, jeglicher Alkoholgenuß ist, außer auf ärztliche Verordnung, für jedermann gesetzlich verboten. Heftige Meinungsverschiedenheiten für und wider den Alkoholgenuß dauern auch in Nordamerika, ebenso in Deutschland und in anderen Ländern noch an. Warum wohl diese Kassenkämpfe über eine Frage, die eigentlich durch ruhige Beurteilung nach den Lehren der Volkswirtschaft und der ärztlichen Wissenschaft entschieden werden sollte? Auch die wissenschaftlichen Arbeiten über Wirkungen des Alkohols sehen leider zum großen Teil ihren Gegenstand durch die Beile der Partei. Man hört kaum einmal von einem Brauereibesitzer, der eine Millionenpende für die Sache der Nützlichkeit gemacht hätte.

Man hört andererseits gar zu oft von fanatischen Abstinenzern, die alles Elend in der Welt ausschließlich auf das Schuldkonto des Alkohols setzen, sei es die Wohnungs- oder die Ernährungsnot, seien es sexuelle oder andere Ausschreitungen. Solch ein fanatischer läßt äußerliche Ursachen, wie das Versailleser Friedensdiktat oder angeborene menschliche Minderwertigkeit, als Grundlage für soziale Räte nicht gelten.

Eine der schwebenden und dringendsten objektiver, wissenschaftlicher Prüfung bedürftigen Streitfragen ist die Frage nach der Wirkung des Alkoholmißbrauchs auf die Nachkommenschaft der Trinker. Unter den Kindern von Alkoholikern befinden sich neben gesunden Menschen viele Schwachsinnige, Psychopathen, Epileptiker und Verbrecher. Diese Tatsache ist unbestreitbar. Aber ist diese Nachkommenschaft wirklich — wie die Fanatiker ohne kritische Prüfung behaupten — dadurch minderwertig geworden, daß der Vater durch Alkoholmißbrauch die samenbildenden Zellen seiner Hoden vergiftet hat? Oder hat einfach auf Grund der Gesehe der Erblichkeit, weil schon der Vater aus nervöser Familie stammte und eben dadurch dem Trunke verfiel, auch die Nachkommenschaft mehr Nervöse als die gesunder Familien?

Ist das erstere wahr und richtet der Alkoholmißbrauch nicht nur den Trinker, sondern darüber hinaus die kommenden Geschlechter zugrunde, dann wäre hier ein Weg zur Rettung unseres ohnehin schwer geschwächten Volkes zu finden und kein Mittel so scharf, um diesen Weg zu bahnen.

Wie sollen wir nun die Entscheidung finden, ob die Nachkommenschaft eines Trinkers durch Vergiftung seiner Keimorgane oder durch eine schon von den Vätern stammende Anlage nervös geworden ist? Der bayerische Arzt an der Anstalt Dilldorf, Sanitätsrat

Die Beratungen des Steueraususses.

Der Steuerauschuß des Reichstages feierte die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Berücksichtigung der Geldwertveränderung in den Steuergeetzen bei der Bestimmung über das Wechselstempelgesetz fort.

Herr Dr. Dorn (Reichsfinanzministerium) führte hierzu aus, daß man neben der Erhöhung der Stempelabgabe in Marken angeht die Höhe der hier in Frage kommenden Beträge auch die Bagerichtung ermöglichen müsse. Beim Kapitalverkehrssteuergesetz sieht die Regierungsvorlage vor, die Handelssteuern für die Urkunden über die Errichtung von offenen Handelsgesellschaften von mindestens 200 M. auf 5000 M., bei Urkunden über Errichtung der übrigen Gesellschaften von mindestens 100 M. auf 3000 M. und für die Urkunden über den Beitritt neuer Gesellschaften und die Erhöhung der Einlagen der Gesellschaften von 100 M. auf 3000 M. zu erhöhen. Auf Anregung der Regierung beantragte der Berichterstatter, diese Sätze der Vorlage auf 10 000 M. bzw. 5000 M. zu verdoppeln.

Herr Simon-Schwanen (Soz.) beantragte dagegen, die erwähnten Beträge des Kapitalverkehrssteuergesetzes der Regierungsvorlage von 5000 M. auf 20 000 M. und von 3000 M. auf 10 000 M. zu erhöhen. Dieser Antrag wurde angenommen, ebenso die Erhöhung der Beträge für Rechtsvorgänge bei diesen Gesellschaften von 50 M. (Regierungsvorlage 2000 M.) auf 5000 M. bez. 20 M. (Regierungsvorlage 1000 M.) auf 2000 M. Angenommen wurde ferner ein Antrag des Abg. Rahmann (Soz.), wonach die Börsenumsatzsteuer für die Abtretung von Anteilen an einer G. m. b. H. auf 1000 M. festgesetzt wird.

Bei dem Viehversteuergesetz sieht das Gesetz vor, daß, wenn eine Steuer eine Begünstigung davon abhängig macht, daß bei gemeinnützigen u. a. Unternehmungen der zu verteilende Gewinn einen gewissen Prozentsatz nicht überschreitet, an die Stelle des bisher vorgesehenen Prozentsatzes ein solcher von 7 Proz. tritt. Nach längerer Aussprache wurde dieser Satz auf 12 Proz. erhöht.

Es folgt die Beratung der Berücksichtigung der Geldwertveränderung bei den Bewertungsvorschriften. Hier wird zunächst vorgelesen, daß nach näherer Anordnung des Reichsfinanzministers Zuwendungen von ausschließlich mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken von Ausländern steuerfrei bleiben können.

Herr Hartleb (Soz.) wandte sich dagegen, daß die Gesehe alle möglichen Ausnahmen vorsehen, so daß schließlich kein Mensch sich mehr dazwischen zurechtfinden könne.

Staatssekretär Japp betonte demgegenüber, daß die ausländischen Stifter die verschiedenartigen Bedingungen stellen, von denen die Hergabe der Stiftung abhängig gemacht wird. Hier müsse man eine gewisse Beweglichkeit schaffen, aber auch eine Einheitsart, die nur möglich sei, wenn eine einzige Stelle, der Reichsfinanzminister, hierüber zu entscheiden habe.

Nach weiterer Debatte wurde die Vorlage, bezüglich der Begünstigungen des Kleinwohnungsbaues angenommen und die weitere Beratung auf heute vertagt.

Die Italiener nicht abgereist.

Unerhörte Reichsfertigkeit von WTB.

Essen, 8. Februar. (WTB.) Die Meldung, daß die drei italienischen Ingenieure von hier abgereist seien, erwies sich als irrig. Es ist, wie nachträglich festgestellt wurde, nur einer der Herren zu informatischen Zwecken vorübergehend verreist.

Wir hatten gleich der Erworung Ausdruck gegeben, daß WTB sich vor der Verbreitung einer solchen Meldung erst ihrer Wichtigkeit versichern werde. Das ist offenbar nicht geschehen — wieder ein Beitrag zur Beurteilung dieses offiziellen Betriebes.

Holländische Schiffersolidarität.

Die holländische „Gewerkschaft für die Binnenschiffahrt“ (Centrale Bond van Transportarbeiders, Balgroup Binnenoort) erteilt den Aufruf an die Arbeiter der Rheinschiffahrtsbetriebe im Anschluß an den Generalkonferenz auf dem Oberrhein, auf Schiffen und Schleppern der französischen Reedereien seine Dienste mehr zu nehmen. Es heißt zum Schluß dieses Aufrufes:

„Man tut alles Mögliche, um holländisches Schiffspersonal als Streikbrocher anzuwerben. Arbeitslose Schiffer und Matrosen, laßt Euch nicht verleiten, in diesem Kampf dem französischen Imperialismus Handlangerdienste zu leisten und dd-

mit den deutschen Arbeitskollegen bei ihrem ehelichen, aber schweren Kampf in den Rücken zu fallen. Nehmt also keine Arbeit an auf Schiffen der französischen Reedereien! Nehmt in diesem großen Kampfe der deutschen Brüder nicht Partei gegen sie und für die Ruhrbesetzung!“

Ruhr-Interpellation an Benesch.

Prag, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause haben an den Außenminister eine Interpellation gerichtet, in der es heißt:

Die französische Regierung hat unter Bruch des Völkerrechts und Verletzung des Versailleser Friedensvertrages verfügt, daß das Deutschland gehörige Ruhrgebiet militärisch besetzt wird. Diese Maßnahme soll dem Zweck dienen, Reparationen zu erhalten. Die Arbeiterchaft des Ruhrgebietes wendet sich begrifflich gegen diese Besetzung, unter militärischer Aufsicht zu arbeiten. Die Bevölkerung des Ruhrgebietes hat eine ungeheure Erregung erlitten. Verschleppung von Personen und zahlreiche andere Gewalttaten werden täglich in diesem Gebiete von den Besatzungsarmeen verübt. Mit leidenschaftlicher Erregung verfolgt insbesondere die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakischen Republik diese verhängnisvollen Vorgänge, die Martern, die an dem durch den Versailleser Diktatfrieden niedergeworfenen Deutschland verübt werden. Die deutsche Arbeiterchaft in der Tschechoslowakischen Republik sieht mit ihren herzlichsten Sympathien an der Seite ihrer Brüder in Deutschland, die als die eigentlichen Opfer des Krieges und des Gewaltfriedens in diesem Elend gestorben sind.

Aber auch auf anderen Gebieten hat sich die internationale Situation außerordentlich verschärft. Die Bemühungen der Konferenz in Lausanne, einen neuen Friedensvertrag mit den Türken zustande zu bringen, sind gescheitert. Im Orient steht die Gefahr eines Krieges wieder vor uns. Eine fieberhafte politische Erregung in Rumänien, eine außerordentliche Beunruhigung und Spannung in Verhältnis der Nachbarstaaten zu Ungarn läßt befürchten, daß diese Vorgänge auch auf die Tschechoslowakische Republik einwirken. Alle diese außenpolitischen Vorgänge, insbesondere der schwere Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich, betreffen die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Tschechoslowakischen Republik in eminentester Weise. Es ist daher das dringendste Interesse der Bevölkerung dieses Staates, vom Leiter der Außenpolitik zu erfahren, wie sich die Tschechoslowakische Republik in der Zeit der Entwicklung dieser Konflikte verhalten hat und wie sie sich in der nächsten Zeit zu verhalten gedenkt, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln sie bereit ist, die Lebensinteressen der Bevölkerung zu schützen und dahin zu wirken, daß die drohenden schweren wirtschaftlichen Nachteile und Schäden für die Bevölkerung dieses Staates abgewendet werden. Wohl hat der Außenminister im Auftragsauschuß einen Bericht erstattet. Seither sind neue Ereignisse, schwerwiegende weitere Komplikationen eingetreten. Ueberdies sind wir auch der Meinung, daß derartige lebenswichtige Fragen unbedingt vor dem Forum des Plenums des Abgeordnetenhauses beraten werden müssen, damit nicht nur den Mitgliedern eines Ausschusses, sondern sämtlichen Mitgliedern des Hauses Gelegenheit zur Aussprache geboten wird.

Norwegischer Arbeiterprotest.

Kristiania, 8. Februar. (EP.) In einer von der norwegischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaftszentrale einberufenen zahlreich besuchten Versammlung, in der u. a. Reichstagsabg. Emil Stange und der Gewerkschaftsführer Ole Lion sprachen, wurde eine Entschliessung angenommen, in der gegen die Ruhrbesetzung und den französischen Imperialismus mit scharfen Worten Stellung genommen wird.

Dem warmherzigen Aufruf der schwedischen Bischöfe an die Regierungen der Entente und an Präsident Harding, der Marterung Deutschlands ein Ende zu machen, haben sich zahlreiche Professoren der Universität Uppsala angeschlossen. In Stockholm hat sich ein Komitee zur Unterstützung deutscher Kinder gebildet.

Dr. Braß hat zur Lösung dieses Problems mit Zustimmung der Medizinischen Abteilung des Reichsministeriums des Innern und der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie zu München eine Versuchsordnung gewählt, welche die Natur zuweilen selbst trifft: manche Väter oder Mütter haben einigen Kindern das Leben gegeben, ehe sie ans Trinken kamen, haben aber auch Kinder aus späteren langen Jahren fortgesetzten Trinkens, also aus der Trunkzeit.

Dr. Braß untersucht nun die Kinder von solchen Alkoholikern, welche Kinder auch vor oder nach ihrer Trunkzeit gezeugt haben. Hat er genügend viele solcher Kinder ärztlich untersucht, dann will er die drei Reihen der Kinder vergleichen, diejenigen, die vor der Trunkzeit, die in der Trunkzeit und die nach der Trunkzeit gezeugt sind. Da die Kinder jeweils von den gleichen Vätern stammen, so fällt in dieser Versuchsordnung der oben erwähnte Einwand fort. Wenn sich Unterschiede in den drei Reihen ergeben sollten, so müssen sie auf einer alkoholischen Vergiftung der Keimorgane beruhen.

Im Interesse der Lösung dieser für die Volksgesundheit so wichtigen Frage und im Interesse der sachkundigen Beratung der betreffenden Familien ergeht daher der Aufruf an solche Eltern, welche Kinder aus Trunkzeit und aus nüchternen Zeit haben, ihre Adresse durch Postkarte dem Sanitätsrat Dr. Braß zu Berlin-Wilmersdorf mitzuteilen. Dieser Arzt und seine Assistenten werden dann die Familien aufsuchen, werden die Kosten für die erste Postkarte sowie sonst entstehende Aufwendungen den Familien gern ersetzen. Auch sind die Ärzte bereit, gegenseitig dieser Untersuchungen für Eltern und Kinder kostenfreien Rat zu erteilen.

Ein Wilderedrama in den bayerischen Bergen. Das Wildern liegt dem Oberbarnern im Blute, und so ist denn das Wildern, das stets unter dem Volke heimisch war, nach dem Kriege besonders schimm geworden. Es mußte in den bayerischen Bergen grüne Landespolszei und Reichswehr ausgeboten werden, um der gefährlichen Wilderei ein Ende zu bereiten. In diesem ingrimmigen Kampf zwischen den Hältern der Ordnung und den kühnen Feinden des Gesetzes hat sich so manches furchtbare und spannende Drama abgespielt, merkwürdiger als sie die Romantiker der vielen Wilderromane je erfunden. Eine solche Tragödie, die lebhaft an die entscheidende Szene in Otto Ludwigs „Erbschütterer“ gemahnt, erzählt H. Reuter in einem Aufsatz „Polizeijogger“ des „St. Hubertus“. Zwei Wilderer, der Schlosser Ledner und der Tagelöhner Buchwieser, waren bei Griesen mit dem Förster Hohenadel und einigen Reichwehresoldaten zusammengelassen. Dabei wurde einem Soldaten von Ledner in den Fuß geschossen. Die Wilderer stürzten, aber ein seltsames Schicksal ereilte sie. Sie stiegen auf der Flucht auf zwei verummte Gestalten, die sie für Förster hielten. Ledner schoß, um sich den Weg freizumachen, und traf den einen, der aber kein Förster war, sondern ein Wilderer, der Zimmermeister Anilling, der mit seinem Beibruben auf Gemäsen ging. Die Verletzung war nicht lebensgefährlich, und der Beibrub holte im Tal Hilfe. Als er aber mit den Reitern zurückkehrte, hörte man plötzlich einen Schuß. Anilling, der die Rabenden für Förster gehalten, hatte sich eine

Kugel in die Brust geschossen und starb auf dem Transport nach Garmisch. Den selben Abend fand man Ledner tot an der Straße nach Garmisch. Da man glaubte, Anilling und Ledner seien von dem Förster Hohenadel erschossen worden, bemächtigte sich der Wilderer eine furchtbare Wut und sie wollten Hohenadel mit seiner Familie umbringen; es gelang dieser aber, auf eine telefonische Warnung hin noch in der Nacht mit Weib und Kind nach Tirol zu fliehen. Am nächsten Tage wurde festgestellt, daß Ledner vor Erschöpfung zusammengebrochen und erstorben war. Nun wandte sich die Wut gegen Buchwieser, weil er seinen Kameraden feig im Stiche gelassen habe. Der nahm sich den Vorwurf so zu Herzen, daß er sich eine Kugel in die Brust jagte. Zu gleicher Zeit wurde ein vierter Wilderer durch einen „Grünen“ im Feuerkampf erschossen; es war — der Polizeidienstjoch aus Garmisch. Diese Tragödien brachten die Wilderer doch zur Besinnung, und wie mit einem Schlage erlosch die Wildererseuche.

Viktor Adler im Gefängnis. Sehr charakteristische keine Geschichten aus den reichen Gefängnisrechnungen Viktor Adlers erzählt Michael Schöcherl in seinem im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschienenen Buche „Viktor Adler vor Gericht“.

Einmal gegen Abend hörte Adler in der Zelle von weitem auf einem Klavier Beethoven spielen. Er rückte den Tisch zum Fenster, stellte den Sessel darauf und kam so zum Fenster, um auf diese Weise besser zu hören. Doch schon nach wenigen Minuten wurde der Kunstgenuss durch die Stimme des Wachtpostens im Hofe unterbrochen, der hinausschrie: „Kauberbuw- elendiger, wirf net glet obagehn!“

Am 16. Juni 1890 fand eine Sonnenfinsternis statt. Den Häftlingen, die im Hofe spazieren gingen, wurde von einem Aufseher ein geschwärtztes Glas geliehen, um das Naturereignis verfolgen zu können, und Viktor Adler wurde erlaubt, ihnen im Hof des Landgerichts einen Vortrag über das Wesen der Sonnenfinsternis zu halten. Für viele der Häftlinge bedeutete dies die erste theoretische Bekanntschaft mit diesem astronomischen Ereignis.

Während Adler als reuloser Sünder in einem Bezirksgericht eine Arreststrafe abhol, wurde eine Verhandlung bei einem anderen Bezirksgericht gegen ihn ausgeschrieben. Er wurde daher von einem Gefangenenaufseher aus dem Arrest in das Bezirksgericht des anderen Bezirkes geleitet. Der Mensch war kein Unmensch und führte Adler nicht nur zum Bezirksgericht, sondern auch in seine Wohnung zu seiner Familie, die über den wirklich unerwarteten Besuch ebenso erfreut als überrascht war. Adler und sein Wächter aßen etwas, und dann ging es wieder zurück in den Keller. Der Aufseher riskierte damals wirklich etwas. Sollte er noch am Leben sein, möge er wissen, daß er eine gute Tat vollbracht hat.

Aufführung im Urteil. Auf des Treibhausgewächs der Klassenjustiz läßt der als Romanschriftsteller und Humorist bekannte Friedrich Hicme-Pena mit dem Schauspiel „Der Richter“ sein höchstschönes Licht fallen. Die Schätze ausfugend und in einen ergreifenden Natursturz zur Menschlichkeit ausfindend. Im Rahmen eines Wärens der Fortsetzung ist er sehr fache Gegenwartsbilder, höher denn Recht ist Gerechtigkeit, das höchste bleibt Gerechtigkeit, der Grundgedanke; der am Leben menschlich geklärte Richter ihr Sachwalter. Strenge des Urteils macht den jungen, lebens- und menschenkundigen Richter; Borchhoff verfaßt. Dr. König

Die Stimmung in England.

London, 8. Februar. (Det.) Der Chefredakteur der „Daily News“, A. S. Gardiner, veröffentlicht einen scharfen Artikel gegen die neutrale Haltung der britischen Regierung und fordert, daß England endlich handeln möge. „Ich verstehe nicht die Schwierigkeiten“, so sagt er, „wenn wir jetzt handeln. Vier Jahre lang sind wir das Instrument gewesen, mit dem Poincaré und seine Vorgänger diesen schändlichen Raubzug vorbereitet haben. Poincarés Würgegriff gegen uns im Nahen Osten hat ihn in den Stand gesetzt, jetzt Deutschland an der Ruhr zu erwürgen. „Unterstützt mich“, konnte er tatsächlich sagen „und — ich (und Trotski) werden die Türken gegen Euer Reich im Nahen Osten verlieren lassen.“ Er benutzte uns als Lösegeld. Er benutzt den Feind, um seinem Lande zu helfen, für das brave englische Vorkriegs- und Mesopotamien ihr Leben gelassen haben; er hat die Absicht, uns zu schwächen, während er die französischen Trümpfe — deren Agent er war und deren Abgesandter er ist — in den Stand setzt, die Kontrolle über die Kohlen- und Eisenquellen Europas auszuüben. Aber diese unsere Schwäche muß aufhören! Die unedle und erniedrigende Hingabe an ein öffentliches Verbrechen muß der Tat weichen. Es kann sein, daß Frankreich selbst noch einmal gegen die Infamie auftritt, die in seinem Namen begangen wird, es hat nichts gewonnen und viel verloren und weiß schon jetzt, daß es nicht Europa in Flammen sehen kann, ohne sich selbst zu gefährden! ...“

Die „Daily News“ sind ein linksliberales Blatt mit einer halben Million Auflage, ebenso der „Manchester Guardian“, die „Westminster Gazette“ und das Sonntagsblatt „Observer“. Alle führen eine ähnliche scharfe Sprache gegen Poincarés Gewaltpolitik. Ferner hat sich Lloyd George, der Führer der Nationalliberalen, ebenso energisch im „Daily Chronicle“ gegen die Ruhrinvasion ausgesprochen. Die gesamte Arbeiterpartei bekämpft gleichfalls die „wohlwollende Neutralität“ des britischen Kabinetts. Diese drei Parteien haben bei den letzten Wahlen bei weitem die Mehrheit der Stimmen errungen, wenn auch infolge des ungerechten Wahlsystems die Mehrheit der Parlamentarier den Konservativen erhalten blieb.

Aber auch im konservativen Lager ist man keineswegs einheitlich der Auffassung, daß die bisherige Haltung der englischen Regierung zu billigen sei. Einmal steht jener konservative Flügel, der Lloyd George bis zuletzt treu geblieben war, und der von Chamberlain, Horne und Birkenhead geführt wird, den Ansichten Lloyd Georges auch heute noch nahe. Die Haltung der „Times“ ist, ohne etwa deutschfreundlich zu sein, in zunehmendem Maße Poincaréfeindlich. Das gleiche gilt für den „Daily Telegraph“. Unbedingte Anhänger der französischen Gewaltpolitik sind nur die — allerdings außerordentlich stark verbreiteten — Blätter des Lord Rothermere, der womöglich noch rabiatere ist, als sein verstorbener Bruder Northcliffe: „Daily Mail“, „Evening News“, „Daily Mirror“ und die Sonntagsblätter „Sunday Express“ und „Sunday Pictorial“ (für das bekanntlich Rudendorff seinerzeit einen Schmähartikel gegen die Deutsche Republik schrieb). Allerdings wird immer mehr in England empfunden, daß die Tendenz der Rothermere-Presse nicht nur französischfreundlich, sondern vor allem englandfeindlich ist. Es wird jetzt im Arbeiterblatt „Daily Herald“ fast täglich behauptet, Rothermere habe aus Eitelkeit (weil seine Aufsätze in allen Blättern des „Nationalen Blocks“ abgedruckt werden), wenn nicht gar aus schlimmeren Gründen, die wahren Interessen Englands zugunsten der französischen Gewaltpolitik preisgegeben. Auch die liberale Zeitschrift „Outlook“ veröffentlicht in ihrer letzten Nummer eine Karikatur, die einen Franzosen vor einem Londoner Zeitungsstand zeigt, als er die Verkäuferin fragt: „Mademoiselle, haben Sie die Londoner Ausgabe des Pariser „Daily Mail“?“

Man ist es richtig, daß die Rothermere-Tendenz auch ihre Exponenten innerhalb des britischen Kabinetts zählt: das sind

vernimmt die Härte und Unruhe seines Günstlings, wohnt unkenntlich einer Gerichtsitzung bei, leht den Richter ab, wirkt ihn ins Gefängnis. Bornhoff entsetzt mit einem Journalisten. Rot, Elend, Hunger und Obdachlosigkeit erzwingen Reue und Reue. Gezerrt, wirkt er künftig als gewisser Richter. Die Uraufführung im Stadttheater war eine Tat der Freien Volksbühne. Die nachgelassenen Werke. Unter der strahlend zusammenfassenden Spielleitung von Theo Lihong schritt Herbert Köllner den „Väterzungenweg des Richters mit ergreifender Kraft.“

Kommunistische Psychopathologie. Der kommunistische Arzt Dr. Sallind hat in Rostau einen Vortrag über die geistige Verfallung und die speziellen psychischen Erkrankungen der russischen Kommunisten gehalten, dessen Inhalt er selbst in den sowjetischen „Sowjetka“ folgendermaßen wiedergibt: Der russische Kommunist werde von der Idee der Weltrevolution beherrscht, er neige daher zum „revolutionären Renouveau“. Als Führer und Verkörper einer andernotwendigen Rasse tödlichen Gefahren ausgeht, unterlege er einer besonderen geistigen Spannung. Dies engt sein Gefühls- und Verstandesleben ein, dagegen sei das Gefühl der Vorzugsbedürftigkeit und Vorzugsstolz stark gesteigert. Die schweren Kampfschritte mit Ueberanstrengung und Unterernährung haben seine Gesundheit erschüttert. Die für viele Kommunisten unerschütterliche neue Wirtschaftspolitik (der sog. „Rep“) mit ihren Begleiterscheinungen und dem ständigen Übergang vom Kampf zur alltäglichen Kleinarbeit habe vielfach eine geistige Krise hervorgerufen, die nervöse und psychische Desorganisation gesteigert und die Zahl der Erkrankungen vermehrt. Dabei sei ein nervöses oder psychisches kranker Kommunist schwer zu behandeln. Als Kompensator schäme er sich seiner Krankheit und meide den Arzt solange als möglich und bleibe dem nichtkommunistischen Arzt gegenüber verschlossen. Diese gesamte Sachlage, schließt Dr. Sallind, sei zu einer breiten Parteilangeweisheit geworden, mit der sich der kommende Parteitag aufs ernste beschaffen müsse, um Maßnahmen zur Heilung der nervös erkrankten Mitglieder zu treffen.

Ein amerikanischer „Reclam“. Aus New York wird der „Fr. Ztg.“ geschrieben: Das System von Reclams Universalbibliothek, das in den amerikanischen Universitäten, ist jetzt in der Entstehung begriffen. Im April soll der erste Band herauskommen. In einer wahren Wundwunde sind die Vorbereitungen getroffen worden, in den Bergen von Tennessee, wo nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Plan alle Anstalten zur Herstellung von nicht weniger als 100 000 Bänden täglich gemacht worden sind. So, es sollen jährlich nicht weniger als 3 500 000 Bände auf den Markt kommen, nicht Hefte, sondern in Rot und Gold gehaltene Einbandbände, und jeder wird zu 10 Cents das Stück verkauft! Diese immense Bücherfabrik ist in einem neuen Ort, Kingsport genannt, wo reichlich Rohmaterial für die Herstellung von Papier und Einbänden vorhanden ist, untergebracht. Es sind besondere Maschinen für die Massenproduktion von Büchern gebaut worden. Kostenpreis: drei Millionen Dollar. In diesen 10-Cents-Büchern soll dem amerikanischen Volke im Laufe der Zeit die ganze Weltliteratur zugänglich gemacht werden.

Vorträge. „Blut und Religion“. Vortragsveranstaltung von Dr. Andras im Rathenauer-Restaurant Freitag 8 Uhr. Der Vortragsabend „Die Christenbibel im Tennensächter“ wird Sonntag 8 Uhr im Kunstgewerbe-Museum wiederholt.

3. B. der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Ronald McNeill, mit dessen Rede wir uns bereits beschäftigt haben, sowie vor allem der Kriegsminister Lord Derby, der frühere Botschafter in Paris. Ueber Lord Curzon, des Außenministers, bzw. seines einflussreichen Ratgebers Sir William Tyrrells Ansichten sind die Auffassungen verschieden: vermutlich standen sie bisher, d. h. solange die Lausanner Konferenz dauerte, ganz unter dem Druck der Franzosen, von dem auch Gardiner in seinem oben erwähnten Artikel spricht, und wagten mit Rücksicht auf das russische Petroleum keinen entscheidenden Schritt gegenüber der französischen Ruhrpolitik.

Ein scharfer Gegensatz besteht jedenfalls in London zwischen Auswärtigem Amt und Schatzamt. Letzteres, das von Baldwin geleitet und von der Stimmung in Bank-, Industrie- und Handelskreisen beeinflusst wird, ist für eine Politik der wirtschaftlichen und finanziellen Vernunft und zeigte sich auf der letzten Pariser Konferenz unnachgiebig Frankreich gegenüber.

Der Premierminister Bonar Law versucht nun zwischen den verschiedenen hier gekennzeichneten Strömungen zu vermitteln, und das Ergebnis dieses Lavierens war die bisherige Politik der „wohlwollenden“, aber wohlwollenden Neutralität. Es ist nun möglich, daß die scharfe Tonart der gemäßigten Liberalen und der Arbeiterpartei und die kritische Stellungnahme eines Teils der konservativen Blätter — also der überwiegenden Mehrheit der öffentlichen Meinung — ihn zu einem neuen Kurs veranlassen werden.

Am nächsten Dienstag tritt das englische Unterhaus wieder zusammen und mag darüber Klarheit bringen, ob der Druck des englischen Volkes wirklich so stark ist, daß er Bonar Law zur Aufgabe seiner „wohlwollenden“ Neutralität veranlassen kann. Allein diese Möglichkeit sollte aber für alle Deutschen ein Anlaß sein, jede Unbesonnenheit mehr denn je zu vermeiden. Wenn überhaupt, so wird ein Eingreifen Englands nur zu erwarten sein, wenn die nationalistischen und monarchistischen Elemente wie bisher, oder sogar noch mehr als bisher, durch diejenigen zurückgedrängt werden, die die französische Politik der Gewalt und des Unrechts nur durch die Waffen der Vernunft und des Rechtes zu bekämpfen und zu überwinden entschlossen sind.

London, 8. Februar. (WZB.) „Daily Chronicle“ zufolge habe sich bei den Beratungen des Kabinetts über den Wortlaut der Thronrede eine Schwierigkeit bezüglich der Fassung des Teiles über die Ruhrbesetzung ergeben. Es bestanden Meinungsverschiedenheiten unter den Ministern über die Art, in der die britische Neutralität umschrieben werden solle. Ein Teil der Regierung, und zwar keineswegs ein unbedeutender Teil, sei tief enttäuscht darüber, wie die Entente sich auswirke.

Das Versagen des Völkerbundes.

Stockholm, 5. Februar. (Eig. Bericht.) Der Pariser Korrespondent der „Stockholms Tidningen“ drückt folgende Äußerung Brantings über das Mißlingen seines Versuches, den Völkerbundrat mit der Schadenersatzfrage zu befassen:

„Ich habe natürlich nach meiner Ankunft in Paris mehrere persönliche Gespräche mit meinen Ratskollegen über die Schadenersatzfrage geführt. Ich dachte hierbei an den Beschluß der Völkerbundsversammlung, wodurch der Rat ersucht wird, die genaueste Aufmerksamkeit allen Bemühungen zu widmen, denen sich die interessierten Regierungen zur Lösung dieses Problems und der Frage der interalliierten Schulden unterziehen. Dieser Beschluß enthielt weiter die Feststellung, daß der

Völkerbund nur auf Ersuchen der interessierten Regierungen nützlich zu einer Lösung dieser Probleme beitragen kann. Hieraus geht deutlich hervor, daß die Regierungen eine solche Unterstützung, wenn sie sie wünschen, verlangen können. Diese Unterstützung, die nach meiner Meinung absolut notwendig ist, würde schwerer zu leisten sein, wenn die Frage dem Rat vorgelegt würde, bevor die interessierten Regierungen einen diesbezüglichen Wunsch ausgedrückt hätten. Das ist noch nicht geschehen, obwohl die indirekten Wirkungen des Ausbleibens einer Lösung dieser Fragen ernste wirtschaftliche Rückschlüsse in ganz Europa sind, besonders mit Bezug auf die Arbeitslosigkeit. Ich habe mich deshalb für wohlbesetzt gehalten, die Aufmerksamkeit meiner Kollegen auf diesen Gegenstand bei einer nicht öffentlichen Konferenz zu richten. Die sich hierbei ergebende Auffassung war, daß es

gegenwärtig zu früh ist, die Behandlung der Frage weiter zu betreiben. (1) Ich hoffe, daß die Beschränkungen, die der Aktion des Völkerbundes in diesem schweren Problem in den letzten Tagen aufzuerlegt wurden, ebenso wie die Gründe, die hierbei entscheidend waren, auf Verständnis bei den verschiedenen Nationen, die den Bund bilden, stoßen werden.“

„Sozialdemokraten“ sagt dazu: Branting ließe sich nicht durch Frankreichs Widerstand vom Anschneiden der Fragen abhalten, sondern nur durch die Beobachtung, daß der französische Widerstand mehrere andere Ratsmitglieder zu einer abweisenden Haltung gegen jede Aktion im gegenwärtigen Augenblick bewog. Branting treffe keine Verantwortung. Jedermann müsse verstehen, daß er eine Abkündigung im Rat nicht riskieren wolle, da die Stellung mehrerer Mitglieder nicht von ihrem Standpunkt zur Sache selbst, sondern von ihrer Rücksicht auf die Gefühle Frankreichs bestimmt sei. Soweit aber der Völkerbund deshalb Kritik ausgeht sei, seien diese vollkommen berechtigt.

Stockholm, 8. Febr. (WZB.) Eine Protestversammlung gegen die Besetzung der Ruhr in Bordeaux nahm folgende Entschliebung an: „Fünfhundert Bürger von Bordeaux protestieren gegen die unglückliche französische Politik, die den europäischen Erdteil in einen neuen Krieg zu stürzen droht.“ Erfolgversprechende Vorbereitungen für umfassende Protestversammlungen sind von zahlreichen humanitären Vereinen Stockholms in Angriff genommen.

Notwendigkeiten im Abwehrkampf.

Die Beratungen im Haushaltsausschuß.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde am Donnerstag die Debatte über die Lage im besetzten Gebiet fortgesetzt. Der Reichsernährungsminister Dr. Luther teilte mit, daß die Lebensmittelzufuhr nach dem besetzten Gebiet am Mittwoch noch ungehindert vor sich ging. Für den Fall, daß Störungen eintreten sollten, sei Vorsorge getroffen worden, daß die Lebensmittel durch Rastkraftwagen ins besetzte Gebiet gelangen. Die Fürsorge der Regierung erstreckte sich nicht nur auf das Einbruchgebiet, sondern auf das gesamte besetzte Gebiet. Die organisatorischen Maßnahmen für die Sicherung der Lebensmittelversorgung der besetzten Gebiete hätten bisher den Erfolg, daß Mehl und Brotgetreide bis zum 15. März vorhanden seien. Die Kartoffelzufuhr werde erheblich vermindert. Ueber die Fettversorgung werde zunächst mit Margarinefabriken ein Uebereinkommen getroffen, so daß in mengenmäßig unbeschränkter Weise Margarine auf Abruf in das besetzte Gebiet ständig eingeführt werden kann. Ueber die Versorgung mit Schmalz und Fett seien noch Verhandlungen im Gange. Es stehe in Aussicht, daß demnächst Abkommen über die Belieferung der besetzten Gebiete mit holländischer Milch zum Abschluß gelangen. Durch besondere Verbilligungsaktionen solle dafür gesorgt werden, daß diese Milch nicht teuer wird als inländische Frischmilch. Auch für die erforderlichen Fleischmengen seien besondere Versorgungsmaßnahmen in Erwägung gezogen.

Staatssekretär Hamm sprach über die Bekämpfung des Wuchers und der Preisstreberei.

Er versicherte, daß die Reichsregierung entschlossen sei, hier alles zu tun, was Erfolg verspreche, aber sie wolle sich von einer Politik der Geste freibalten. Die Lennerung sei zum größten Teile der preismäßige Ausdruck des Marktgesetzes und nicht zu vermeiden, wenn anders nicht die Produktionskraft auch volkswirtschaftlich notwendiger Betriebe durch die Aufzehrung der Bestände erlahmen solle. Die Lennerung sei nicht zu verwechseln mit den zahlreichen, unter Volk aufstieffle empörenden Fällen unbedingter Preisstreberei und Bewucherung, gegen die kein Mittel so scharf sei. Aufgabe des Reiches sei es, hierzu die gesetzlichen Mittel in die Hand zu geben, von denen die Länder rückstichlos Gebrauch machen müssen. Hamm kündigte an, daß das Reichsernährungsministerium für die Zulassung zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln das Erfordernis des volkswirtschaftlichen Bedarfs aufstellen und daß man eine Ueberprüfung sämtlicher bisher erteilten Erlaubnisse in Erwägung ziehen müsse. Die Bestimmungen über Wucherbekämpfung, Preisstreberei usw. sollen sofort einheitlich zusammengefaßt werden. Der Lennerung sei aber nur von der Währungsstelle beizukommen. Solange der Währungsverfall andauere, sei eine gewisse Berücksichtigung der Geldentwertung bei der Feststellung des angemessenen Preises schließlich nicht zu entbehren.

Reichswirtschaftsminister Dr. Beder betonte, daß die Bekämpfung des Wuchers von Polizei, Gerichten und vor allem von der Bevölkerung geführt werden müsse. Der Wirtschaftskrieg, der jetzt geführt werde, bedeute eine schwere Korvenprobe, die nur bestanden werden könne, wenn die Bevölkerung der besetzten Gebiete die Ueberzeugung geminne, daß alles, was möglich sei, geschehe, um ihre Not zu lindern.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Wir stehen in dem Kampf mit Frankreich erst in den Anfangsschwierigkeiten. Will man die Stimmung aufrecht erhalten, dann müssen die Massen den Eindruck und die materielle Möglichkeit haben, daß für sie alles geschieht. Wir wünschen, daß die Regierung ihre Worte durch Taten unterstüzt. Der Gesetzentwurf über die Anprangerung der Wucherer ist im Reichstag monatelang verstreut worden. Das wichtigste ist, daß der Zustand beseitigt wird, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger in gutem Geld sofort ihre Steuerlasten tragen, während die Besessenen sich durch die Geldentwertung fast aller Kosten entledigen. Bei dem Ruhezuge wird dieses Steuerrecht befristet werden müssen. Es muß auch alles geschehen, um die deutsche Währung zu stützen. Wir sind jetzt in den schlimmsten Zeiten, so daß auch das letzte Hilfsmittel zur Stützung der Währung angewendet werden

muß. Manchen Kreisen ist es gleichgültig, wie der Dollar steht. In anderen Ländern sind Maßnahmen gegen die Devisenspekulation erfolgreich durchgeführt worden. Zur Wucherbekämpfung werden wir ebenfalls beim Ruhezuge Anträge stellen. Wir brauchen auch die

Zentralisation zur Lebensmittelversorgung des Ruhrgebiets. sonst gibt es hemmungstose Preissteigerungen. Die täglichen, ja stündlichen Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln sind unerbittlich und unerhört. Die Steigerung der Preise für die inländischen Erzeugnisse mit der Margarine darf nicht geduldet werden. Auch gegen die Preispolitik der Kartelle und Syndikate muß eingeschritten werden. Wenn die Preise sich nach den Indizes richten dürfen, dann verlangen wir daselbe für den Lohn. Eine normale Marktlage haben wir nirgends. Ihre Erwähnung in dem Rundschreiben der Reichsregierung war deshalb gefährlich. Wie lange soll dieser Wirtschaftskrieg dauern? Um den Widerstand aufrechtzuerhalten, sind außerordentliche Mittel nötig. Ohne sie wird der Zusammenbruch herbeigeführt.

Die Redner der bürgerlichen Parteien erkannten an, daß eine energische Bekämpfung des Wuchers notwendig ist. Reichsminister des Innern Dezer teilte mit, daß in der Zeit vom 15. bis 31. Januar von Frankreich und Belgien folgende Mengen

beschlagnahmt und über die Grenze gebracht wurden: 22 000 Tonnen Kohle und 17 000 Tonnen Koks. Seit dem 1. Februar wurden noch 850 Tonnen beschlagnahmt, so daß seit der Wirkung des Lieferungsverbotes rund 40 000 Tonnen nach Frankreich und Belgien gingen. Hätten die beiden Staaten von der Beschlagnahme abgesehen, dann hätten sie täglich 45 000 Tonnen, in 20 Tagen also 900 000 Tonnen bezogen. Infolge der Beschlagnahme ihnen also bisher 360 000 Tonnen verloren. Der Minister gab dann noch die von der Regierung vorgesehenen Fürsorgemaßnahmen für die Flüchtlinge bekannt.

Abg. Solmann (Soz.):

In vielen Polizeiverwaltungen fehlt es an Kräften, die die Wuchererleggebung durchführen können. Der Schmuggel an den Grenzen hat sich in den letzten Wochen verstärkt; es wäre notwendig, wieder fliegende Kolonnen zur Bekämpfung des Schmuggels einzusetzen. Wie steht es mit der Unterstützung für diejenigen, die durch den Ruhezustand und die Verkehrsstreiks arbeitslos werden? Mit der Arbeitslosenunterstützung dürfen diese Schichten nicht abgespeist werden. Der Abg. Hefflerich hat mit Recht erklärt, daß bei einem Sieg des französischen Imperialismus die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse wachsen wird. Er und seine Freunde könnten viel zum Durchhalten in der Abwehr gegen Frankreich tun, wenn sie durch die Tat zeigten, daß wirklich die deutsche Wirtschaft und die deutsche Sozialpolitik der französischen überlegen sein wollen. Dahin würde ich rechnen ein Befehnis der führenden Industriellen, daß am Achtundzestag unter keinen Umständen gerüttelt werden soll und daß endlich die besitzenden Schichten wirklich steuerliche Opfer bringen werden. Solche Taten müssen aber rasch geschehen, wenn sie wirken sollen. Reichsregierung und Parteien müssen ferner darüber wachen, daß nicht hinter dem Rücken der kämpfenden Massen und zu deren Schaden Vereinbarungen zwischen der französischen und der deutschen Schwerindustrie angebahnt werden. In vielen Arbeiterkreisen lebt dieses Mißtrauen, und es kann im Abwehrkampf großen Schaden anrichten, wenn sich irgendwelche Grundlügen dafür zeigen. Der französischen Propaganda, insbesondere dem Koblenzer Nachrichtenblatt, muß rasch und klar durch die deutsche Presse geantwortet werden. Was wir im Wesentlichen haben und noch tun werden, geschieht nicht auf irgendeinen Befehl, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß es sich um den Bestand der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates handelt. Nicht auf Befehl, sondern aus innerer Ueberzeugung wollen wir an Rhein und Ruhr das Reich retten.

Reichsfinanzminister Dr. Hertens: Dem Problem der Preisgestaltung und der Kreditgewährung kann man im Grunde nur von der Devisenseite her beikommen. Die notwendigen und möglichen Maßnahmen sind bereits seit einigen Tagen eingeleitet. Der Ausschuß vertagt sich auf Freitag.

Gewerkschaftsbewegung

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Der Einmarsch der französisch-belgischen Truppen ins Ruhrgebiet wurde von der ganzen deutschen Bevölkerung mit Entrüstung aufgenommen. Keinerlei Meinungsstreit besteht, daß dieser ungeheuerliche Angriff auf die Existenz der deutschen Wirtschaft, mit der das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft untrennbar verbunden ist, nicht widerstandslos hingenommen werden kann. In heroischer Weise kämpft die ganze Bevölkerung des besetzten Gebietes mit der einzig möglichen Waffe des passiven Widerstandes und der Arbeitsverweigerung gegen die brutale Gewalt des bis an die Zähne bewaffneten Militärs an. Dieser Kampf hat bereits erhebliche Opfer gefordert und wird in den nächsten Wochen und Monaten in seiner Auswirkung auf das ganze deutsche Reichsgebiet Anforderungen in ungeheuren Ausmaß stellen.

Aufgabe der Volksgemeinschaft ist es, die Durchführung dieses Abwehrkampfes zu ermöglichen, den Opfern hilfreich beizustehen und dafür zu sorgen, daß die erwachsende Notlage mit allen Kräften eingedämmt wird.

Die Arbeiterschaft darf und wird nicht abseits stehen. In dieser Voraussetzung hat der Bundesausschuß am 24. Januar den Beschluß gefaßt, alle vollbeschäftigten Arbeiter zur

Hergabe eines Stundenverdienstes

aufzurufen und — da feststeht, daß die gesamten Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft den vierfachen Betrag der von der Arbeiterschaft aufgebrachtene Summe leisten wollen — auch der Bildung eines gemeinsamen Unterstützungsfonds zugestimmt.

Dieser Beschluß sichert uns nicht nur die Kontrolle über die gesamten eingehenden Gelder, sondern auch die volle Mitwirkung bei der Verteilung des Fonds. Er enthält uns auch der Mühe, einen besonderen Apparat zur Einziehung und Verwendung der Beträge aufzubauen. Wer für die Hilfeleistung selbst ist, muß sorgfältig auch für ihre weitestgehende Ausdehnung und Beschleunigung sein. Wir ersuchen die Gewerkschaftsmitglieder deshalb, alle Kräfte anzuspannen und im Sinne des bereits veröffentlichten Aufrufes für die Durchführung des Hilfswerks in allen Betrieben zu sorgen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,
Theodor Seipart.

Die Wahlen zur Betriebsvertretung! Arbeiter! Angestellte!

Indem wir die Kenntnis der gesetzlichen Vorschriften und der Technik zur Wahl der Betriebsvertretungen nach dem Betriebsrätegesetz vom 11. Februar 1920 voraussetzen, fordern wir die Berliner Arbeiter und Angestellten auf, die Wahlen in ihren Betrieben vorzunehmen, daß sie bis spätestens 31. März erledigt sind, damit im April die Wahlen zu den Körperschaften der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale — des Volksrates, Zentralrates, der Gruppenräte und der Generalversammlungsdelegierten — erfolgen können.

Wenn wir zur Wahl auffordern, so erachten wir es als selbstverständlich, daß in sämtlichen Betrieben Berlins von den freigewerkschaftlich organisierten einzelstaatlichen Listen, auf denen nur freigewerkschaftlich organisierte Kandidaten verzeichnet sind, aufgestellt werden.

Einheitliche Listen

der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft fordern wir und erklären es als Verrat an der Betriebsrätebewegung, wenn diesen Erfordern, wegen der Zugehörigkeit zu verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen oder aus parteipolitischen Differenzen, nicht Rechnung getragen wird.

Wir erachten die gesamte Tätigkeit der Betriebsräte in sozialen, arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Fragen als eminent revolutionär, die sich allerdings nicht in Worten, sondern in Taten auszudrücken hat, und wenden uns darum mit voller Schärfe gegen den Anflug freigewerkschaftlich organisierter Kollegenstreife, die glauben, im Gegensatz zu den freigewerkschaftlichen Listen, Listen „revolutionärer“ Betriebsräte aufstellen zu müssen. Nicht das Prädikat, das sich der zu Wählende zulegt, sondern das Prädikat, das er sich durch seine Tätigkeit erwirbt, muß entscheidend sein.

Was ein Betriebsrat in seinem Betrieb und darüber hinaus im Dienste seiner Industriebranche und darüber hinaus für die Gesamtarbeiterschaft und somit für die gesamte Volkswirtschaft zu tun vermag, hängt in erster Linie von dem Vertrauen und Rückhalt ab, das ihm seine Kollegen entgegenbringen und erteilt werden lassen, in zweiter Linie von seiner Macht und Kraft, die abhängig sind von der Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen, die hinter ihm stehen und ihn unterstützen. Darum ist es Aufgabe eines jeden Betriebsrates, ein tüchtiger Funktionär und Agitator für seine Organisation zu sein, weil nur dann alle Voraussetzungen zu seiner Tätigkeit gegeben sind. Drittens ist notwendig, daß jeder Betriebsrat das Bestreben in sich trägt, die kapitalistische Wirtschaftsordnung in eine sozialistische überzuführen, da nur dies ihn befähigt, allen egoistischen Bestrebungen Widerstand zu leisten.

Je mehr sich die Räte des Alltags bei den Arbeitern und Angestellten steigern, um so schwieriger werden die Aufgaben der Betriebsräte. Leidenschaft und Gefühl beherrschen mehr und mehr die Belegschaften, die dann das Rollen mit dem Können identifizieren. Klarheit über das, was ist, in den gesamten sozialpolitischen, arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Zusammenhängen sich anzueignen, um klar und wahr den Belegschaften diese Zusammenhänge auseinanderzusetzen, ist dann die Aufgabe der Betriebsräte, in inniger Gemeinschaft mit der FBRZ und den Gewerkschaften.

Weiter verlangen wir ein inniges Zusammenarbeiten der Arbeiter und Angestellten, das unter Berücksichtigung der beiderseitigen Aufgabengebiete im Produktionsprozeß ein gegenseitiges Sich-kennen-und-Berücksichtigen und Unterstützen wollen zur Voraussetzung hat. Es muß beiden Teilen klar sein, daß sie getrennt nichts, gemeinsam vorgehend alles sind.

Indem wir dringend auffordern, nach Vorliegendem die

Wahlen vorzubereiten und durchzuführen, stellen wir die selbstverständliche weitestgehende Unterstützung der FBRZ und der gesamten Gewerkschaften den einzelnen Betrieben zur Verfügung. Das Material zu den Wahlen kann in der Betriebsrätezentrale, Engländer 24/25, 2. Hof 1, abgeholt werden.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Aus dem Lager der Unentwegten.

Der „Kampfruf“ der FBRZ wendet sich mit einem Aufruf an die „Unionsgenossen“. Unter Hinweis auf die Ruhrbesetzung, die kurz und schlicht dahin formuliert wird, daß deutsche Kapital sei sich mit seinen französischen Konkurrenten wiederum wegen des Profits in die Haare geraten, wird gesagt, daß das an die Führerorganisationen getretene Proletariat sich wehrlos für die Profitinteressen seines Landes mißbrauchen lasse. Es sei daher wichtiger denn je, an die Proletarier in den Betrieben mit klaren Parolen heranzutreten. Die neue Programmschrift der FBRZ müsse jetzt in die Massen. Der Zusammenschluß der Arbeiter in den Betrieben zur proletarischen (FBRZ) Klassenkampffront muß jetzt unentwegt propagiert werden. Jeder Unionsmann müsse Propagandist der kommunistischen Idee sein. Nicht der Moskauer Schwindelparolen, der russischen Bourgeoisie und ihrer bezahlten Agenten, zur Verwirrung des Proletariats und zur Verhinderung der Revolution, sondern des wirklichen Kommunismus und der proletarischen Revolution.

Dem Proletariat müsse hoarsch, trisillig bewiesen werden, daß Deutschland das Zentrum der Weltrevolution sei, wo das nationale Kapital zusammenbräche und das Weltkapital in den Abgrund ziehe. „Vorher wird das Proletariat, zuerst das deutsche in den Strudel gefahren. Viele Millionen Proletarier müssen durch Hunger und Seuchen zugrunde gehen. Es gibt kein Ausweichen. Es nützen keine reformistischen Quackalbereien der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Es nützen keine listigen Betrugsparolen der FBRZ.“

„Wenn wir den Proletariern die Mechanik der Ökonomie, die gesellschaftlichen Triebkräfte bloßlegen und ihnen den scheinbar unentwärtbaren Haben gradlinig ausbreiten, sehen sie ihren Untergang vor Augen. Dann folgen sie unseren Parolen.“

Selbst auf die Gefahr hin, gleich allen, die das nicht recht verstehen, als eine „absolute Null“ erklärt zu werden, müssen wir die Deutschen doch fragen, welchen Sinn es noch haben soll, ihren Parolen zu folgen und ihre „FBRZ“, um deren Existenz es nach dieser Belehrung schlecht steht, zu lesen, wenn wir nun doch einmal durch Hunger und Seuchen zugrunde gehen müssen? Richtig ist allerdings, daß wir alleamt einmal sterben müssen, selbst wenn wir all den „Parolen“ der FBRZ und FBRZ folgen wollten. Wer das versteht, müßte allerdings im Irrenhaus enden.

Da wir „reformistischen“ Gewerkschafter und Sozialdemokraten uns und unsere Arbeitsgenossen vor solchem Ende, gleich dem durch Hunger und Seuchen bedrohten, müssen wir uns schon ein wenig anstrengen, der Begriffsverwirrung mächtig zu steuern. Können wir auch nicht verhindern, daß etliche Querköpfe sich mit „Parolen“ die Zeit vertreiben, so doch, daß ihrem Parolensaußer sein Arbeiter verfährt, der seine fünf Sinne beisammen hat. In den ungewöhnlichen Ereignissen unserer Tage kann sich nur zurechtfinden, wer sich zur sozialistischen Weltanschauung aufgeschwungen hat. Sie läßt sich nicht durch „Parolen“ vermitteln, sondern nur durch reifliche Aufklärungsarbeit, die jetzt notwendiger ist denn je.

Einigung über die Reichslöhne.

Gestern nachmittag fanden im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches Verhandlungen über die Neuregelung der Februarbezüge statt. Am späten Abend wurde eine Einigung erzielt. Der Notlage der Staatsbediensteten in den besetzten Gebieten wurde besonders Rechnung getragen. Das zahlenmäßige Ergebnis der Verhandlungen werden wir noch mitteilen.

Devorstehender Streik der Schuhmacher.

Die Verhandlungen am Mittwoch mit den Annungen Groß-Berlins sind gescheitert. Die Arbeitgeber boten für die Zeit vom 11. bis 24. Februar eine Zulage von 40 Proz. auf die bestehenden Löhne und ließen durchblicken, daß sie eventuell bis auf 50 Proz. gehen würden. Bei einer Zulage von 50 Proz. würde sich der seitherige Stundenlohn bei neuen Arbeiten auf 750 M. und bei Reparaturen auf 675 M. erhöhen.

Die Vertreter der Arbeitnehmer haben das Angebot als unzureichend abgelehnt und berufen zu nächstem Montag 7 Uhr in den bekannten Lokalen außerordentliche Bezirksversammlungen ein, um zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Die Kollegen werden ersucht, am Sonntag die Versammlungsanzeige zu beachten und vollzählig in den Bezirken zu erscheinen.

Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel!

Die Mitgliedervereinbarung am Montag hat ihre Zustimmung zum Abschluß des Lohnarabes für Februar erteilt. Die Organisationsleitung soll jedoch, falls die Preise noch weiter steigen, der Einzelhandelsgehilfen einen besonderen Antrag auf Lohnerhöhung einreichen.

Der vom Kollegen Reihner gehaltene Vortrag über „Weltwirtschaftskrise und Ruhrbesetzung“ wurde mit großem Beifall aufgenommen. Ein Antrag, seinen Pfennig für die Ruhrhilfe zu zeichnen, wurde gegen sechs Stimmen abgelehnt und nochmals auf den Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission aufmerksam gemacht, daß jedes Verbandsmitglied einen Stundenlohn abzuliefern hat.

Einstimmig wurde der Hauptvorstand ersucht, den Kohlenkommissar zu ersuchen, infolge der jetzigen Kohlenknappheit zuzugewähren den 6-11 Uhr-Ladenschluß einzuführen. Die von 1000 Personen besuchte Versammlung sprach den streikenden Ruhrarbeitern ihre volle Sympathie aus.

Die neuen Wochenlöhne der Freigelehrten.

Zwischen dem Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haarweschers (Gewerkschaftshaus, Zimmer 59) und den Organisationen der selbständigen Friseure Groß-Berlins sind die Löhne ab 10. Februar neu vereinbart worden. Ueber 21 Jahre alte Herrenfriseur und Friseurinnen erhalten 15 000 M., Damenfriseur 16 000 M., unter 21 Jahre je 750 M. weniger. Handysegerinnen erhalten

9750 M., Haararbeiter und -arbeiterinnen 16 200 M., qualifizierte 16 500 M., Einrichter und Präparateure 18 525 M. Die Zuschlagslöhne betragen für Sonnabend ab 1 Uhr mit Sonntag 4050 M., für einen vollen Sonnabend 8325 M., von 1 Uhr ab 3700 M., für einen Sonn- oder Feiertag 1675 M., einen Wochentag 3000 M., für eine Woche 16 800 M. Der Zuschlagsstundenlohn beträgt 875 M. für Herrenfriseur und 405 M. für Damenfriseur.

Ist bei diesen Löhnen teilweise auch noch mit Trinkgeld und Verkaufsprozenten zu rechnen, so lassen sie dennoch deutlich erkennen, daß die Gehältern und Gehältern im Berliner Friseurgewerbe immer noch nicht alleamt den Wert der gewerkschaftlichen Organisation erkannt haben. Bei gebrüger Organisation der Arbeitnehmer wären solche Wochenlöhne für gelernte Arbeiter, die ihr Werkzeug selber halten müssen, für sieben Arbeitstage (einschließlich Sonntagsarbeit) längst überholt.

Die Organisationen im Buchdruckgewerbe sahen sich infolge der außerordentlichen Verteuerung der Lebenshaltung veranlaßt, bereits zu Montag die Lohnkommissionen zu neuen Verhandlungen zusammenzuberufen. — Das geltende Lohnabkommen läuft vom 29. Januar bis zum 18. Februar.

Baugewerkschaft, Fachgruppe Glaser. In der Verhandlung am 7. Februar ist ein Zuschlag von 80 M. pro Stunde auf den Lohn von 820 M. zugestanden worden. Der Lohn beträgt demnach vom 5. Februar ab 900 M. Auslösung drei Stundenlöhne.

In zwei Berliner Eisenbahnerwerkstätten hat nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Berlin am Mittwoch eine kurze Arbeitsunterbrechung stattgefunden zwecks Abhaltung von Betriebsversammlungen, in denen zur Frage der Lohnerhöhung Stellung genommen wurde. Beim Bahnbetriebswerk Lichterberg ist es aus dem gleichen Grunde zu einer etwa vierstündigen Arbeitsunterbrechung gekommen. Die Arbeit ist alsdann wieder aufgenommen worden.

Die Löhne im Bergbau sind erhöht worden in Nieder-Sachsen um 4000 M. (pro Mann und Schicht), im mitteldeutschen Braunkohlenrevier: im Kernrevier um 3000 M., im Randrevier um 3510 M.

Der Streik der Bergarbeiter in Lothringen hat gestern eingeleitet, nachdem die spät abends geführten Verhandlungen ohne Ergebnis abgebrochen wurden. In ganz Lothringen liegen die Bergwerke still.

Die Gruben sind vom Militär besetzt worden, weshalb die Streikenden die Notstandsarbeiten einstellen.

Im Streik der Saarbergarbeiter ist noch keine Veränderung eingetreten. Im Saargebiet ist alles ruhig, die Streikenden bewahren eine muster-gültige Disziplin. Der Ordnungsdienst der Gewerkschaften sorgt für Ruhe und Ordnung. Angeblich sind französische Agenten tätig, um dem Streik einen politischen Charakter zu geben. Aus Neuherungen des französischen Propagandabüros, des „Neuen Saarcourier“, geht hervor, daß man versucht, den Streik als in Verbindung stehend mit der deutschen Abwehraktion im Ruhrgebiet hinzustellen. Auch die Tatsache, daß die französische Propagandaagentur „Agence Rhin“ in Straßburg eine ähnliche Notiz verbreitet, und den Streik-Beschluß sogar mit der Hilfe des Reichskanzlers ins Ruhrgebiet in Verbindung bringt, läßt die französische Tendenz dieser Tätigkeit erkennen.

Auf das Schreiben der Bergarbeiterorganisationen, in welchem die Lohnforderungen aufrechterhalten werden und die Befolgung verschiedener Uebensände auf den Gruben gefordert wird, hat die Bergverwaltung geantwortet, daß sie sich an die vor dem Streik zugestandenen Lohnerhöhungen nicht mehr gebunden erachte und es sich daher erübrige, in neue Verhandlungen einzutreten.

Infolge der Besetzung der Gruben durch französisches Militär erlassen die Bergarbeiterorganisationen einen Aufruf, in dem die Belegschaften erneut aufgefordert werden, nun erst recht überall für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Man versucht, Streikende durch Kündigung der Werkwohnungen zum Streikbruch zu verleiten. Anderen Arbeitern ist, falls sie der Arbeit nicht nachkommen, mit Kündigung gedroht worden. Es ist selbstverständlich, daß sich die Streikenden durch solche Maßnahmen in ihrem Bestreben, den Kampf zu einem guten Ende zu führen, nicht wankend machen lassen.

Schwarzarbeiter aller Branchen. Heute, Freitag, 4. Uhr, bei Dohrenlow, Gminemilber Str. 11, Versammlung der Anhänger der Richtung „Am Heu“ am. — Der Werksausch.

Responsible für den redakt. Teil: Victor Hoff, Berlin; für Anzeigen: H. Glaser, Berlin, Verlag Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Betriebs-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unterstr. 3 über 1. Blatt.



Regelmäßige Verbindung
von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York durch die prachtvollen amerikanischen Regierungsdampfer

NÄCHSTE ABFAHRTEN:

President Harding	14. Februar	21. März
George Washington	21. Februar	28. März
President Roosevelt	28. Februar	4. April
America	11. April	16. Mai

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später
Verlangen Sie Prospekte und Segelisten Nr. 83

UNITED STATES LINES

BERLIN: W 8, Unter den Linden 1;
NW 40, Invalidenstr. 93; W 9, Budapester Straße 5
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen

Satyrim gegen Schwächezustände, Nervenerkrankungen, Neurasthenie ein anregendes und kräftigendes Yohimbin-Hormon-Präparat der Akt.-Ges. Hormona, Düsseldorf-Gratenberg. Zahlreiche ärztl. Anerkennungen. Prospekte gratis. Erhältlich in Apotheken! Stets vorrätig in Berlin: Eielantw-Apotheke, Leipziger Str. 74; En-el-Apotheke, Kanonenstr. 44; Hohenzollern-Apotheke, Königin-Augusta-Str. 30; Wittes-Apotheke, Potsdamer Str. 84

A. Wertheim

Leipziger Straße	Königsstraße	Rosenthaler Straße	Moritzplatz
Grüne Heringe ... Pfund	650 M	Gelbe Kohlrüben ... Pfund	30 M
Bratschollen ... Pfund	650-850 M	Mohrrüben ... Pfund	34 M
Seeforellen ... Pfund	1300 M	Weißkohl ... Pfund	76 M
Camembertkäse ... Pfund	500 M	Sellerie ... Pfund	36 u. 50 M
Quadratkäse ... Pfund	1750 M	Rote Rüben ... Pfund	50 M
Limburger ... Pfund	1850 M	Wirsingkohl Holländer ... Pfund	160 M
		Zwiebein ... Pfund	24 M
		Geschälte Apfelsinen ... Stück	160 M

Sowas Vorrat!

Kalbskamm u.-Brust	Pfd. 1800 M	Roastbeef	mit Knochen, Pfd. 2800 M
Kalbsnierenbraten	Pfd. 2000 M	Schweinebauch	mit Beilage, Pfd. 3500 M
Kalbskeule	ganz u. geteilt Pfd. 2100 M	Schweineblatt	mit Beilage .. Pfd. 3500 M
Rinderkamm Pfund 2400 M	Schweinerücken	mit Beilage Pfund 3500 M
Rinderbrust Pfund 2400 M	Schweineschinken	Pfd. 3500 M
Querrippe Pfund 2200 M	Gehacktes Fleisch	Pfd. 2600 M

Vortrag über sparsamen Gasverbrauch

Leipziger Straße III. Stock Vorm. 11-1, Nachm. 4-6 Im Haushalt, mit Vorführung und Beratung

Die Häfenverpachtung beschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedete gestern die Magistratsvorlage über die Verpachtung der Häfen mit den vom Ausschuss beschlossenen Änderungen und Zusätzen. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten stimmten zu. Daß der Stadt Berlin zurzeit keine andere Möglichkeit bleibt, zeigte der Magistratsvertreter Stadtrat Gen. Schünning noch einmal in einer begründenden Rede. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Gen. Dr. Lohmann, daß die notgedrungenen Häfenverpachtung keine Preisgabe des Kommunalisierungsgedankens bedeutet. Der kommunistische Redner Schumacher gefiel sich in der Rolle eines Hüters wahrer sozialistischer Prinzipien. Er hatte aber Mühe, gegen Lohmanns Hinweis auf die gleichfalls von der Rot dieser Zeit diktierte „Prinzipienpreisgabe“ der Sowjetregierung eine Verlegenheitsantwort zu finden.

In der gestrigen Sitzung wurde ein früherer Dringlichkeitsantrag der Deutschnationalen, der D. Volkspartei, der Demokraten, der Wirtschaftspartei und des Zentrums vorweggenommen, der eine angemessene Erhöhung der Pflegetarife für die in schwieriger petunärer Lage befindlichen privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten anstrebt. Der Antrag fand Annahme, nachdem Genosse Dr. Wegl geltend gemacht hatte, daß diese Anstalten, soweit sie wirklich gemeinnützig seien, vor dem Untergang bewahrt werden müßten, daß aber dem Magistrat dann auch die Möglichkeit genauer Einsichtnahme in die Haushaltsverhältnisse dieser Anstalten gegeben sein müsse.

Die Erhöhung der Entwässerungsgebühr von 280 auf 1280 Proz. vom amtlichen Gebäudesteuermessungswert und die Erhöhung des Entgelts für die Ableitung gewerblicher Abwässer in die öffentlichen Entwässerungsanlagen wurde genehmigt. In der Aussprache darüber kritisierte Genosse Czerninski den Magistrat als einen höchst ungerechten, der alsbald aufzugeben sei, während Ostrowski für die Kommunisten die erstere Vorlage, die den Mietern allein für die Entwässerung die 30fache Grundmiete aufpaukt, rundweg verwarf.

Auch die Verlängerung der Anwendung der Kohlenklausei zur Festsetzung der Preise für elektrischen Strom bis Ende März fand eine große Mehrheit; nur die äußerste Rechte und Linke stimmten dagegen. Von den Dnack wurde bei dieser Gelegenheit das Verlangen gestellt, die Beschlüsse aufzuheben, auf deren Basis die Tarifserhöhungen den Deputationen überlassen worden sind; an die Stelle des Ausschusses der Werksdeputation solle eventuell ein Ausschuss der Verammlung treten. Die Mehrheit lehnte indessen auch im Hinblick darauf, daß es sich bloß um die wenigen Wochen bis zum 31. März handelt, diesen Antrag ab.

Hierauf wurde zur zweiten Beratung der Vorlage wegen

Verpachtung der Berliner Häfen und Landstraßen

übergegangen, welche in der Ausschussberatung eine Reihe wichtiger Änderungen erfahren hat. In den Mantelvertrag soll ausdrücklich aufgenommen werden: Das Konsortium steht dafür ein, daß die im Erbbaurecht für die Gesellschaft festgelegten Zahlungsverpflichtungen erfüllt werden. Bezüglich der letzteren soll in § 3 folgendes gelten:

„Als Gegenleistung zahlt die Gesellschaft 1) 1500 Millionen Mark am Tage nach Abschluß des Vertrags zwischen dem Konsortium und der Stadt Berlin. 2) Weiter ist, sobald der Westhafen betrieblich fertiggestellt ist, als Rest ein Betrag zu zahlen, der sich auf Grund folgender Lohnklausel ergibt: Für die Fertigstellung des Westhafens werden nach die Monate Februar bis Mai benötigt und hierfür 650 000, 350 000, 450 000 und 350 000 Arbeitsstunden, zusammen 2 Millionen, in Anrechnung gebracht. Für jeden der vier Monate wird der Lohnaufwand je nach dem Durchschnittslohn eines ungelerten Arbeiters berechnet; der so berechnete Gesamtaufwand dieser vier Monate ist zu zahlen, jedoch auf keinen Fall weniger als 1½ Milliarden Mark.“

Der Berichterstatter Gronewaldt (M. P.) stellte fest, daß es den Berliner Gegeninteressen auch bis zur Stunde nicht möglich geworden sei, ein festes Angebot zu machen, und empfahl angesichts der Bedeutsamkeit und Dringlichkeit der Vorlage ihre Annahme in der Ausschussfassung. Stadtrat Genosse Schünning gab nochmals eine eingehende Darstellung des Sachverhalts. Schon

vor Jahresfrist sei die Notwendigkeit einer wesentlichen Umstellung klar gewesen, wenn sich die Berliner Hafenanlagen rentieren sollen. Der Osthafen habe 23 000, der Westhafen 64 000 Quadratmeter Logerraum; die Aufnahmefähigkeit des Osthafens sei 47 200 Tonnen, des Westhafens aber 105 000 Tonnen. Zur Rentabilität der Hafenanlagen gehörten

Gütermassen von 1 500 000 Tonnen,

die siehen sich aus Berlin allein nicht zusammenziehen, woraus sich auch die Unmöglichkeit eines festen Angebots erkläre. Die Heranziehung solcher Riesengütertransporte sei nur auf Kosten anderer Hafenplätze, wie Hamburg und Stettin, möglich; Berlin müsse ein Lagerplatz nicht nur für Güter, die Berlin selbst konsumiert, sondern auch für sein Hinterland werden. Darauf seien auch die Häfen und Anlagen zugeschnitten, einen solchen Verkehr zu schaffen überbreite aber den Machtbereich einer Kommune. Daher die Vorlage. Die Häfen würden ja nicht weggegeben; die Vertragsentwürfe gäben volle Sicherheit. Den Besorgnissen vor einer monopolistischen Ausnutzung sei vorgebeugt, denn nach dem Ausschussvorschlag solle noch ausdrücklich festgelegt werden, daß für die Gesellschaft die gesetzlichen und behördlichen Vorschriften über die Tarife für die Benutzung der Häfen, ihrer Bauten und Anlagen gelten, daß die Gesellschaft für deren Benutzung allgemeine Bedingungen aufzustellen hat, nach denen Häfen, Bauten und Anlagen unter gleichen Voraussetzungen und zu gleichen Bedingungen von jedem Interessenten benutzt werden können. Jede willkürliche Tarifpolitik sei damit unmöglich gemacht. Alljährliche Revision des Betriebes durch eine technische Kommission sei vorgeschrieben. (Beifall.)

Ein Zuruf des Kommunisten Schumacher: Der von der hiesigen Regierung ausgehaltene lebe hoch! veranlaßt einen Ordnungsruf des Vorstehers.

In der sehr lebhaften Erörterung, die sich gute zwei Stunden hinzog, gab Dr. Steiniger die Erklärung ab, daß der größte Teil der Deutschnationalen trotz schwerer Bedenken für die Annahme stimmen werde; die Gefahr monopolistischer Ausnutzung des Vertrages sei noch wie vor vorhanden, aber auch hier würden wohl die Dämme nicht in den Himmel wachsen.

Genosse Dr. Lohmann: Man hat unsere Zustimmung zur Vorlage „Prinzipienvertrag“ genannt. Es gibt für uns nur ein Prinzip und Programm:

„Förderung des Wohles der Gesamtheit durch Förderung des Wohls des arbeitenden Volkes.“

„Alles praktische Handeln ordnet sich diesem leitenden Gedanken unter. Darum stimmen wir der Ausschussfassung zu. Zum Gedanken der Erhaltung und Erweiterung der kommunalen Betriebe bekennen wir uns mit unerminderter Energie. Sozialisierung und Kommunalisierung sind für uns nicht Schlagwörter; wir erheben diese Forderung da, wo wir durch ihre Erfüllung den Interessen der Allgemeinheit dienen zu können glauben. Bei den Berliner Häfen handelt es sich um Fertigstellung, Unterhaltung und um Heranziehung eines wichtigen Güterverkehrs; auf welchem andern Wege als dem der Verpachtung wollen die Kommunisten diese drei Bedingungen erfüllen? Und haben nicht Schenker und Busch gerade bei Sowjetrußland abgeschlossen? Die Bewirtschaftung der Häfen durch die Stadt Berlin ist eine Aufgabe, die die Gemeinwirtschaft zurzeit noch nicht lösen kann, darum müssen wir hier, da uns ein anderer Weg nicht bleibt.“

Im Interesse der Stadt

auf das Projekt eingehen. Die Berliner Spediteure, die nur ihr Privatinteresse, ihren Profit im Auge haben, sollten hier, wo es sich um allgemeine Interessen handelt, doch lieber schweigen. Steht ihr Vorgehen etwa im Zusammenhang mit dem Schritte, den einzelne Geheimräte der Polizeiverwaltung beim Reichsverkehrsminister getan haben? Wir rücken mit unserer Zustimmung nicht vom Kommunalisierungsgedanken ab, sondern wir stimmen zu, um ihn nicht durch ein verheißenes Experiment zu diskreditieren. (Beifall.)

Weiter sprachen Dr. Schmidt (Z.), Schwarz (D. Sp.) und Dr. Riachalis (Dem.) für die Ausschussvorläge. Als kurz vor 8 Uhr, auf welche Stunde die Eröffnung für den Vorsteher-Sitzungstretter Dr. Meyer anberaumt war, der Kommunist Schumacher das Wort erhielt, aber mit Rücksicht auf diese Wahl seine Rede

vorläufig zurückzog, erklärte der Vorsteher kurzerhand die Aussprache für geschlossen und wollte zur Abstimmung schreiten. Der gereizten Auseinandersetzung, die sich daran schloß, machte Stadtrat Schünning dadurch ein Ende; daß er durch eine kurze sachliche Bemerkung die Diskussion wieder eröffnete, die dann dem Komm. Schumacher noch zu einer umfangreichen Polemik gegen den „Vorwärts“ und gegen Gen. Dr. Lohmann Gelegenheit gab. Herrn Richard Runze wurde durch Annahme eines Schlusstrages das Wort abgeschnitten, und darauf erfolgte mit sehr großer Mehrheit die Annahme der Vorlage nach den Ausschussanträgen.

Die Vorsteherwahl wurde vereitelt, indem die namengebende Abstimmung über einen Antrag auf Abfertigung dieses Gegenstandes Beschlussunfähigkeit herbeiführte: es waren nur 15 Mitglieder im Saal verblieben.

Im Reiche des Salamanders.

Der die Süßwasserabteilung im Parterre des Berliner Aquariums besucht, gelangt zu einem großen Bassin an der östlichen Querseite, wo die Riesensalamander aus Japan haufen und sieht mit Staunen diese großen unförmlich gestalteten schwarzen Tiere sich zwischen hohen Steinen im Wasser bewegen. Der Riesensalamander ist der größte der lebenden Knochentiere, erreicht eine Länge von nahezu zwei Metern, lebt in Japan im Wasser unter überhängenden Felsen und kommt als Delikatesse auf den Markt. Nicht vielen Besuchern dürfte bekannt sein, daß er einst zu einem berühmten wissenschaftlichen Verum Anlaß gegeben hat. Als im 18. Jahrhundert die geologische Forschung Fortschritte machte, suchte man nach Resten des Menschen aus der Tertiärzeit, die man damals noch meist als Zeit der legendenhaften biblischen Sündflut oder richtiger: Siniflut, d. h. große Zeit betrachtete. Da fand man im Tertiärgestein der Alpen ein versteinertes Skelett, das dem eines vierjährigen Knaben ähnelte. Der Schweizer Naturforscher Scheuchzer sah in ihm den Rest eines Menschen aus der Siniflut. Zeit und nannte ihn mit lateinischem Namen Homo diluvii testis, d. h. Sintflutzeugen, auch wurde es ihm zu Ehren Andrias Scheuchzeri genannt. Der Fund erregte gewaltiges Aufsehen. Ein frommer Theologe besang ihn bereits in einem schaurig-schönen Lied, beginnend: „Betäubtes Beingerüst von einem armen Sünder! Ermehle Herz und Sinn der neuen Bosheitskinde!“ Eine spätere Unteruchung aber ergab, daß es nicht das Skelett eines Menschen, sondern das eines Riesensalamanders war. Ein kleines Exemplar des Andrias Scheuchzeri aus dem Tertiär ist in der Paläontologischen Abteilung unseres Museums für Naturkunde zu schauen. Wenn wir nun die lebenden Tiere im Aquarium betrachten, so leuchtet es ein, daß man das Skelett eines solchen recht wohl für ein menschliches halten kann, u. a. in Anbetracht des Fußes, der viel Ähnlichkeit mit einer Menschenhand hat.

In dem angrenzenden, mit Felsgestein, zartgrünen Wasserpflanzen und Blumenschalen erfüllten Bassin, wo sich auch der schlaffe, zierlich geklebte Knochenrest aus Nordamerika mit dem langen, spigen, schnabelförmigen Rausel tummelt, ist ein naber Verwandter des Riesensalamanders, der in den Tertiären des ersten Stades in großer Anzahl auftritt. Man kann beobachten, daß im Publikum noch vielfach die Erzählungen von seiner Giftigkeit, seiner Unverwundbarkeit u. a. verbreitet sind, die vor Jahrhunderten in Hegenprojessen oft eine Rolle spielten.

Der neueste Milchpreisstand.

Die Milchpreise für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin sind mit Wirkung vom Montag, den 12. Februar: Vollmilch 700 Mark je Liter, nach Berlin eingeführte Pastermilch 820 Mark je Liter. Die A-Milcharten werden wie bisher mit 7/8 Liter, die C-Milcharten sowie die Marken für werdende Mütter (E-Marken) wie bisher mit 1/2 Liter Vollmilch geliefert. — Es fragt sich wirklich, ob bei der ungeheuerlichen Steigerung, die der Milchpreis von Woche zu Woche erfährt, eine Mitteilung über die Höhe der Preise überhaupt noch einen Zweck hat, da der größte Teil der arbeitenden Bevölkerung heute tatsächlich nicht mehr in der Lage ist, die gerade für die Kinder so nötige Milch kaufen zu können. Es wurde ja vor kurzem von einer amtlichen Stelle behauptet, daß die Milchzufuhr für Berlin „ausreichend“ sei. Sie wird nach den neuesten Preisregulierungen noch viel ausreichen und mit der Zeit vielleicht sogar noch überflüssig werden.

(Nachdruck verboten. Der Volks-Vorlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

aus dem amerikanischen Manuskript überseht von Julian Campers.

„Ich dachte auch immer,“ meinte Fuselli, „der würde schon noch Scherereien kriegen, wenn er so weiter redet.“

„Was hat er denn gesagt?“ fragte Daniels.

„D, er sagte, daß der Krieg ein Unrecht sei und noch mehr so verfluchtes probeutsches Zeug.“

„Wißt Ihr, was sie da draußen an der Front gemacht haben?“ fragte Daniels. „An der zweiten Division stehen sie zwei ihr eigenes Grab schaufeln und dann erschossen sie sie. Die hatten gesagt, der Krieg sei ein Unrecht.“

„Donnerweiter, ist das wahr?“

„Aber sicher, mein Dunge. Sage Euch, es hat keinen Sinn, in dieser verfluchten Armees Späße zu machen.“

„Haltet doch endlich das Maul! Schon lange Schlafenszeit.“ Meadville, lösch das Licht aus!“ sagte der Korporal ärgerlich.

Die Baracken waren dunkel, man hörte Männer, die sich auf ihren Schlafstellen auszogen und unterdrückt küsterten.

Die Kompagnie war zum Frühstück aufmarschiert. Die Sonne war gerade ausgegangen und schien rosig durch die weißen Wolken des Himmels, und die Späßen zwischerten laut in den Platanen. Blühlich kam der Sergeant. Er ging mit steifen Schultern vorbei, so daß jeder wußte, irgend etwas Bedeutsames gehe vor sich.

„Achtung, Leute!“ sagte er.

Die Ehgeschirre klirrten, als die Leute sich umdrehten.

„Nach dem Essen habt Ihr sofort in Eure Baracken zu gehen und Euer Gepäc in Ordnung zu bringen. Danach bleibt jeder bei seinem Gepäc, bis Befehl kommt.“

Die Kompagnie brach in Hochrufe aus, und die Ehgeschirre klirrten gegeneinander wie Himmeln. Das Frühstück wurde so schnell wie möglich verchlungen, und jeder aus der Kompagnie lief mit klopfendem Herzen in die Baracken, um sein Gepäc in Ordnung zu bringen, fühlte sich stolz gegenüber der anderen Kompagnie, die keine Befehle erhalten hatte. Als das Gepäc in Ordnung gebracht war, legten sie sich auf

die leeren Bettstellen und trommelten mit den Füßen gegen das Holz, wartend.

„Werden wahrscheinlich hier nicht wegkommen, bis die Hölle eingebrochen ist,“ sagte Meadville, der gerade den letzten Riemen seines Gepäcs schnürte.

„s ist immer so. Man bricht sich fast das Genick, um den Befehlen nachzukommen, und...“

„Raus kommen!“ schrie der Sergeant und steckte seinen Kopf in die Tür. „Antreten! Achtung!“

Der Leutnant in seiner Felduniform und seinen Widelgamaschen stand der Kompagnie gegenüber und sah sehr feierlich aus.

„Leute,“ sagte er und biß seine Worte ab wie ein Mann Stücke von einem harten Ende Wurst abbeißt. „Einer von Euch kommt vor das Kriegsgericht, weil er in einem Briefe an Freunde zu Hause hochpörrerische Dinge geschrieben hat. Tut mir sehr leid, daß in meiner Kompagnie so etwas vorgekommen ist. Glaube, ist auch sonst keiner darunter, der so was tut und solche Ideen hat.“

Jeder Mann in der Kompagnie preßte die Brust heraus und gelobte sich, lieber überhaupt keine Ideen zu haben, als Gefahr zu laufen, einen Anshnauer vom Leutnant zu bekommen.

Der Leutnant fuhr nach einer Pause fort: „Alles, was ich sagen kann, ist, falls da noch so einer in der Kompagnie ist, soll er lieber das Maul halten und vorsichtig sein, was er nach Hause schreibt. Abtreten!“

Er gab den Befehl ingrimmig, als ob es der Befehl sei, den Hochpörrer zu bestrafen.

„Diese verdammte Kohnase Eisenstein,“ sagte Fuselli.

Der Leutnant hörte diese Worte beim Weggehen.

„D, Sergeant,“ sagte Fuselli vertraulich. „Ich denke, die anderen haben schon das richtige Zeug in sich.“

Die Kompagnie ging in die Baracken und wartete.

Die Wachtube war voll vom Geräusch der Schreibmaschinen und überheizt von einem schwarzen Dien, der in der Mitte stand und von dem von Zeit zu Zeit Rauch in kleinen Wellen ausströmte. Fuselli stand hinter der Schreibmaschine, mit der Mühe in der Hand.

„Was wünschen Sie?“ fragte der Sergeant brummend.

„Mir sagte einer, daß Sie einen Mann mit optischer Erfahrung brauchen.“ Fusellis Stimme war wie Sammet so weich.

„Run und?“

„Ich habe drei Jahre in einem optischen Geschäft in Frisco gearbeitet.“

„Gut, ich werde mich darum kümmern.“

„Aber... meine Kompagnie ist schon ausgerüstet. Soll heute abtransportiert werden, Sergeant.“

„Warum zum Teufel kommen Sie denn nicht früher?“ Stevens, schreiben Sie was aus und versehen Sie den Mann in 'ne andere Kompagnie. Lassen Sie den Major die Geschichte unterschreiben. So geht es immer!“ schrie er und lehnte sich tragisch in seinem Schreibstisch zurück. „Alle kommen sie zu mir in der letzten Minute.“

„Welon Dank,“ sagte Fuselli lächelnd.

Fuselli eilte zu den Baracken zurück, wo die Kompagnie noch wartend stand. Einige hatten sich in einem Kreis zusammengesetzt und spielten Karten. Der Rest hatte sich mit seinem Gepäc auf die Schlafstellen gelegt. Draußen hatte es zu regnen begonnen, und der Geruch der nassen, sprossenden Erde kam durch die Tür herein.

Fuselli sah auf dem Boden neben seiner Schlafstelle und warf sein Messer so herunter, daß es in den Brettern zwischen seinen Knien fest stecken blieb. Er piff leise.

Der Tag zog sich hin, langweilig, ermüdend. Desters hörte man die Turmuhr in der Ferne schlagen. Endlich kam der erste Sergeant herein, schüttelte das Wasser von seinem Regenmantel ab. Er hatte einen ernsten, wichtigen Ausdruck auf dem Gesicht. Der Leutnant und ein Major erschienen plötzlich am anderen Ende der Baracken und kamen langsam herein. Die Leute sahen sie aus den Augenwinkeln heraus an. Beim Inspeizieren der Sanitätsausrüstungen sprachen sie nachlässig miteinander, als ob sie alleken seien.

„Ja,“ sagte der Major. „Diesmal sind wir dran. Diese verdammte Offensive!“

„Run, wir werden ihnen schon zeigen können, wozu wir gut sind,“ sagte der Leutnant lachend. „Haben bisher noch keine Gelegenheit dazu gehabt.“

„Hm, sehen Sie sich lieber die Ausrüstungen näher an Leutnant. Waren Sie schon an der Front?“

„Rein.“

„Sie werden die Dinge anders ansehen, wenn Sie mal da waren,“ sagte der Major.

Der Leutnant verzog das Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

Neue Fahrpreiserhöhungen. Straßenbahn 200 Mark.

Die Berliner Verkehrsdeputation ist für Sonnabend einberufen worden, um über den Antrag der Verwaltung auf Erhöhung des Straßenbahneinheitsstarifes auf 200 M. zu entscheiden. Diesen Antrag der Verwaltung sind interfraktionelle Besprechungen vorausgegangen, nach denen mit einer glatten Annahme der Verwaltungsanträge zu rechnen ist. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß bei dem Bezug von Wochenkarten eine 20prozentige Ermäßigung eintritt, wird sich dann für den Berufsverkehr der durchschnittliche Preis einer Straßenbahnfahrt auf 160 M. stellen. Das Ende der Tariffahrt ist damit allerdings bei der unaufhaltsam fortschreitenden Geldentwertung wohl noch nicht erreicht. Die Erhöhung wird jedenfalls vom Montag, den 12. Februar, in Kraft treten. Die Einzelheiten des Tarifes werden voraussichtlich Sonnabend bekanntgegeben.

Die Eisenbahntarife.

Bei der Reichsbahn werden erhöht zum 15. Februar 1923 die Gütertarife um 100 Proz., zum 20. Februar 1923 die Tarife um 60 Proz. zum 1. März 1923 die Personentarife um 100 Proz. Die Personentarife werden damit vom 1. März ab das 800fache der Friedenssätze (in der 4. Klasse) betragen. Im Güterverkehr bleibt die Tarifierhöhung hinter der Preissteigerung, die seit dem 1. Januar, dem Bestehen der jetzigen Sätze, eingetreten ist, weit zurück. — Ab 1. März stellen sich die den Fahrpreisen zugrunde liegenden Einheitsätze nach der 100prozentigen Tarifierhöhung auf 18 M. in der 4., 24 M. in der 3., 48 M. in der 2. und 96 M. in der 1. Klasse. Ueber die Erhöhung der Fahrpreise im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr wird noch nähere Mitteilung ergehen.

„Großfürstin“ Anni. Ein Genie im Negativen.

Eine alte Bekannte war wieder einmal „Gast“ im Schöffengericht Berlin-Mitte. Der Angeklagte, eine übel beleumdete Hochstaplerin, die unter allen möglichen Namen, einmal auch als „Großfürstin“ auftrat, wurde vorgeworfen, unter dem Namen Frau Michaels Betrug ausgeübt zu haben. Die Gerichtsverhandlung gestaltete sich zu einem teils sensationellen, teils humoristischen Schauspiel. Die Angeklagte Anni Sanned liebte den hohen Gerichtsform nur per Du anzureden. Die ehemals elegante und schöne Frau machte einen durch die lange Unterfuchungshaft und ihren Lebenswandel hervorgerufenen, mehr als heruntergekommenen Eindruck. Man wußte nie recht, ob ihr ganzes Gebaren lediglich Theater oder nur der tragische Zusammenbruch einer Persönlichkeit war, die im Negativen ein kleines Genie ist.

Die Angeklagte hatte auf ein Zeitungsinsert einer jungen Dame, die sich um eine Vertrauensstellung bewarb, geschrieben. Die junge Dame wurde von ihr zu dem Justizrat Bauer geführt, bei dem ein Kontrakt gemacht werden sollte, nach dem die Zeugin als Leiterin einer Seifenfabrik der Angeklagten vorstehen sollte. Bestandt wurde von ihr eine Kautions von 10 000 M., auf die sie eine Anzahlung von 3000 M. leistete. Als sie anderen Tages ihre neue Stellung antreten wollte, stellte es sich heraus, daß dieses Seifengeschäft überhaupt nicht existierte. Die Angeklagte Sanned, die sich vor Gericht Frau Bernide nannte, wurde durch den Rechtsanwalt Dr. Siegfried Eisenstädt verteidigt. Hinzugezogen war der Gefängnisarzt Dr. Bürger, der ein ausführliches Gutachten über das Verhalten und die Krankheitszustände der Angeklagten abgab. Nach diesem ist ihr Vater an Gehirnerweichung gestorben. In der Schule lernte die Angeklagte vorzüglich und entwickelte sich zu einem intelligenten jungen Menschen. Mit 17 Jahren hatte sie schon Verhältnisse mit mehreren Männern zu gleicher Zeit. Alsbald war sie Mutter eines unehelichen Kindes. Sie verbrachte dann einen großen Teil ihres Lebens in Sanatorien und Irrenanstalten. Durch eine Gallensteinoperation kam sie zu dem Genus von Morphin und wurde eine Morphimistin. Der Sophoclenische Doktor Bürger stellte ferner Ausbrüche schwerer Hysterie fest, glaubte aber nicht den § 51 der Weistenszurechnungsfähigkeit in Anwendung bringen zu sollen, zwar sei ihre Zurechnungsfähigkeit erheblich vermindert. Die Angeklagte, die wiederholt wegen Betruges verurteilt ist, kann diese Defizite nur aus einer krankhaften Veranlagung heraus immer wieder begangen haben, da sie durch ihre vielen Herrenbesuchungen auch heute noch über reichliche Geldmittel verfügt. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkannte jedoch nur auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, unter Berücksichtigung der von der Verteidigung angeführten Gründe.

Der Herr Hygeumdirektor.

Wie die Befehle des Ruhrgebietes den Wägen der nationalsozialistischen Reaktion wieder mehr Wasser auf die Räder leitet, das ist auch in den Schulen bei der aus Anlaß des Gewaltaktes veranstalteten Trauerfeier bemerkbar geworden. Selbst in einem Ort wie Oberschöneweide, wo die Arbeiterbevölkerung weitens in der Mehrheit ist, hat an dem Hygeum der Direktor Schoembs die Trauerfeier dazu benutzt, seine Schwärmerei für Hindenburg und Ludendorff und andererseits seinen Grimm gegen die Männer vom 9. November vor seinen Schülerinnen zu bekunden. Er sprach von „Leuten, deren Hände nach Del und Arbeit riechen“, womit er der Arbeiterbevölkerung offenbar kein Kompliment machen wollte. Zur Kennzeichnung dieses Herrn kann auch ein Vorkommnis dienen, das sich schon vor mehreren Monaten abgespielt hat. Eine Klasse des Hygeums, das seine eigene Turnhalle hat, benutzte in üblicher Weise die Turnhalle einer Volksschule, mußte aber gleichzeitig mit einer Klasse dieser Volksschule turnen. Direktor Schoembs forderte die Lehrerin der Volksschule auf, mit ihren Kindern die Turnhalle zu verlassen, und sagte dem von der Lehrerin herbeigerufenen Rektor der Volksschule in erregtem Ton, er dürfe nicht, daß seine Schülerinnen mit denen der Volksschule zusammen turnen. Dabei soll er den Ausdruck „Proletarierinnen“ gebraucht haben, was im Munde des Direktors Schoembs gewiß auch keine Schmeichelei bedeutete. Diesem Schulmann ist zu wünschen, daß seine Dienstbehörde ihm die nötige Zurechtweisung zuteil werden läßt.

Da weint der „Patriot“.

Zur Zeit Wilhelm des Lehten wurden aus Anlaß von Hochzeiten und Familienereignissen in der „allerhöchsten“ Familie auf Wunsch der Kaiserin Eichen und Blaubuchen im Park Sanssouci gepflanzt und mit Gedenktafeln versehen. Jetzt sind auf Veranlassung des preussischen Finanzministers im Einvernehmen mit der „Hofgarteninspektion“ sämtliche Gedenktafeln und Bäume entfernt worden. — Der heutigen Zeit mangelt es jedes Gefühl der Pietät, sie hat keinen Sinn für geschichtliche Denkmäler. Die Verschwendungssucht zeigt in der Verschleuderung von Staatsgeldern geradezu Triumph. Man bedenke nur, welche Kosten diese dem deutschen Volke aus Herz gewachsenen Andenken aus glorreicher Zeit dem armen Vaterlande wieder verursachen. Es ist wirklich keine Lust mehr, zu leben. So oder ähnlich pflegt die monarchistisch gerichtete Presse bei solchen Anlässen zu lamentieren. Gönner wir ihr den Schmerz und gehen wir zur Tagesordnung über.

Zu dem Verbrechen an dem Polizeiwachmeister Steiner in der Dramenstraße wird mitgeteilt, daß die Belohnung für die Ergreifung der noch unbekannt Täter auf 20000 M. erhöht worden ist. Die Leiche des Erschlagenen wurde nach dem Schauplatz gebracht und wird dort obduziert werden. Ein Gerichtsarzt, der sie vorläufig besichtigte, stellte fest, daß Steiner aus unmittel-

barer Nähe zwei Schüsse in den Hals und den dritten, wahrscheinlich als er sich nach den beiden ersten zur Seite wandte, links in die Brust erhalten hat. Leider können die Verbrechen nicht beschrieben werden, weil sie auch der Wächter in der Dunkelheit nicht näher sehen konnte.

„Spaniola“.

Er hatte es auf die Ausländer abgesehen.

Der berühmte Spaniola, dessen Name in den Prozessen Reiser, Bernotat, Baumgärtner usw. und zuletzt auch noch bei der Verhaftung der D-Zug-Diebesbande Renzer viel genannt wurde, sitzt jetzt endlich hinter Schloß und Riegel.

„Spaniola“, ein 21 Jahre alter Kaufmann Ludwig Lewy, besuchte in Berlin ein Gymnasium bis zur Sekunda. Er entwickelte sich trotz seiner Jugend zu einem der gefährlichsten Hotel- und Pensionsdiebe. Als er in Hof im Gefängnis saß, beschuldigte er sich der Mittäterschaft an dem Morde Reisers, um aus einem bayerischen Gefängnis in ein preussisches zu kommen, weil es ihm nach seinen Erfahrungen hier besser gefiel. Seine Selbstbeschuldigung wurde jedoch als Schwindel erkannt und er mußte in Hof bleiben. Nach Verbüßung der Strafe wandte er sich wieder nach Berlin und verübte wieder Millionendiebstähle, während er unter den Namen Assessors Landau und eines spanischen diplomatischen Kuriers Gaston de Calator als reicher Mann in den ersten Hotels und Wirtschaften verkehrte. Die Kriminalpolizei spürte gestern den Diebgesuchten in einem Pensionat in der Carmerstraße auf, nahm ihn fest und brachte ihn mit seiner Geliebten Maja, mit der er zusammen wohnte, nach dem Polizeipräsidium. In seinem Zimmer wurden eine ganze Anzahl Sachen gefunden, die ihn verschiedener großer Diebstähle der letzten Zeit ohne weiteres überführten. Vieles räumte er denn auch in dem eingehenden Verhör bald ein. „Spaniola“, der es besonders auf die Ausländer abgesehen hatte, spielte, um sich die „Arbeit“ zu erleichtern, auch selbst den Ausländer. Er besah auch Papiere auf verschiedene Namen, die alle vollständig zu sein schienen. „Spaniola“ war auch an Schlemmerstätten ein gern gesehener Gast. Bei mehreren Razzien wurde er mit anderen Gästen auch angehalten, aber seine Papiere verschafften ihm stets sofort wieder die Freiheit.

Kulturtagung der entschiedenen Schulreformer.

In Spandau fand am 3. und 4. Februar eine Schulreformer-tagung statt, zu der Gäste aus allen Teilen Deutschlands erschienen waren. Prof. Destréichs Begrüßungsworte betonten, daß die Tagung das erste Ringen um die neue Schule in Spandau zeigen wolle, geboren aus gemeinsamem Willen von Eltern und Lehrerschaft, und darüber hinaus Wege neuer Erziehung weisen wolle. Frau Delfgen sprach von dem Menschen der neuen Kultur, der sich in seinen Anfängen in der Jugendbewegung auswirkte. Die wirtschaftlichen Grundlagen der neuen Kultur zeigte Käse Feuerkal. Die Profitwirtschaft ist zu beseitigen. Neu gemacht werden muß über die Gemeinschaft der Klassengenossen hinaus das Solidaritätsbewußtsein in der ganzen Menschheit. Die Jugend muß in der Schule Kenntnis von den Arbeitsformen erhalten. Ueber die neue Erziehung sprach Prof. Destréich, ausgehend von dem Gemeinschaftsdenken. Neues Leben kann nur werden durch Kampf gegen ausbeutendes Kapital, gegen neuen Zwang, durch Umgestaltung der Jugendberziehung! Die Schule muß „eine Volksschule“ werden, in der die Fähigkeiten aller Kinder ihren Anlagen gemäß entwickelt werden. Die Elternschaft muß durch Kampf sich ihre Schule erzwingen. Aus der Debatte seien die Worte des jugendlichen Fabrikarbeiters Heinz Elm hervorgehoben: Heute sind die Menschen begeistert, morgen packt sie Alltagsrat und alles ist vergessen. Jugend soll Laten zeigen, nicht im Trost der Alten wandern, soll bei sich beginnen. — Am zweiten Tage, der ein Bild der Spandauer neuen Schule gab, sprach Frieda Weihe vom kindlichen Spiel, Paul Fechner von den Hemmnissen im Kollegium, von der einigen Zusammenarbeit mit den Arbeitereltern, von der Kleinarbeit bei den Kindern, die frei gestalten, zwanglos schaffen, von ihrem Willen zur Arbeit. Den stärksten Eindruck hinterließ Jung- lehrer Oswald Dahle mit seinen Gedanken über Muzil und Lang in der Schule. Weibes gehört in die Schule, nicht als irgendein Fach, sondern als Erlebnis. Lang kann wieder Ausdruck des Erlebens werden. Der Spandauer Schulrat Dr. Reher forderte in seinem Vortrag „Der Arzt in der neuen Schule“ rege Zusammenarbeit von Eltern, Lehrern und Schulärzten. Stadtrat Friedländer betonte die Notwendigkeit gleichen Zusammengehens für die Schulfürsorgeeinrichtungen und verlangte energische Reform der Färsorgeerziehung. Das Schlußwort von Dr. Rawerau behandelte die neue Menschengemeinschaft. Gemeinschaft kann nur Ergebnis der Arbeit am gemeinsamen Werk sein. Nach zweistündiger Debatte, in der ein „verstaubter“ Seminarlehrer sich gegen die Erziehung auf dem Boden der Republik wandte, schloß die eindrucksvolle Tagung.

Landaufenthalt für Ruhrkinder.

Bei der großen Not, welche die feindliche Befehle über das Ruhrgebiet bringt, macht uns die Zukunft unserer an und für sich schon unterernährten und erholungsbedürftigen Jugend ganz besondere Sorge. Aus diesen Erwägungen heraus hat der Verein Landaufenthalt für Stadtkinder ein Hilfsunternehmen in die Wege geleitet, um in den kommenden Monaten neben der bereits im Rahmen seiner Organisation bestehenden Belegung der Landkreise eine Unterbringung von Ruhrkindern in größerem Maßstabe zu ermöglichen. Die ländlichen Familien in den in Betracht kommenden Provinzen, welche Kinder aufzunehmen wünschen, sind aufgefordert worden, die Bereitwilligkeit ihren zuständigen Kreis-Wohlfahrtsämtern mitzuteilen. Eltern aus den besetzten Gebieten, die eine Verhinderung ihrer Kinder wünschen, sind angehalten, sich mit entsprechendem Besuch an ihre zuständige Gemeindebehörde zu wenden. — Es wäre dringend zu wünschen, daß die Wohlthat der zeitweiligen Entfernung aus diesen feindsch niederdrückenden Verhältnissen im Lauf des Jahres allen Bewohnern der besetzten Gebiete zuteil werden könnte.

Die Schulkinder bei der Ruhspendensammlung. Im Verwaltungsbezirk Charlottenburg hat der Schulausschuß für höhere Behördenstellen beschloffen, den Schülern und Schülerinnen zu unterfragen, auf Straßen und in Häusern für die Ruhspende zu sammeln. Die Direktoren der höheren Lehranstalten sind demgemäß gebeten worden, gestempelte Ausweise oder Listen für diesen Zweck nicht auszustellen und etwa bereits ausgestellte Ausweise sofort zurückzugeben.

Eine neunköpfige Diebesbande wurde in Friedenau festgenommen. Die Mitglieder der „Gesellschaft“ arbeiteten getrennt und beschäftigten sich mit dem Diebstahl von Reißingstücken und Türklinken, die sie in verschiedenen Häusern abschraubten.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft ziemlich roge. Fische knapp, Geschäft flott. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Rindfleisch 2100—2550 M., ohne Knochen 2600—3300 M. Schweinefleisch 3400—5350 M. Kalbfleisch 2200—3300 M. Hammelfleisch 2700 bis 3700 M. Schellfisch 1500—2000 M. Kabeljau 1500—1750 M. Rotzungen 2000 M. Seehecht 2000 M. Dorsch 800 M. Grüne Herings 600 bis 1250 M. In Eis: Schleie 2800—3300 M. Hechte 2000—2800 M. Plötzen 550—950 M. Laberns Aale 6750—9000 M. Schleie 4000 bis 4100 M. Eier 360 M. das Stück. Naturbutter 6500—7000 M. Margarine 5500—5500 M. Schweineschmalz 7000 M. Weiskohl 100 M. Wiralkohl 110—145 M. Rosenkohl 450—550 M. Mohrrüben 35—45 M. Ritzkohl 140 bis 165 M. Kohlraben 25—45 M. Grünkohl 130—160 M. Kockhütel 100 bis 175 M. Erbse 200—300 M. Zwiebeln 45 M.

Ein Tobsuchtsanfall und seine Folgen. In der Konditorei Würzburger Str. 17 wurde in der vergangenen Nacht ein Fräulein Elisabeth E. plötzlich von Tobsucht befallen. Sie zertrümmerte in ihrer Raserei sämtliche Fensterscheiben und fast das gesamte Geschirr, so daß der Sachschaden sehr groß ist. Sie wurde zur nächsten Wache geführt.

Die sag ich's meinem Vade. Der Schulreformer Rektor Seinig hält am Freitag, den 9. Februar, 23. Februar und 2. März, abends 7 1/2 Uhr, für die Elternschaft eine Serie von Vorträgen im Hofsaal (Gde. Jellen- und Beethovestraße) über das obige Thema.

Hochwassergefahr. Wie aus Leipzig gemeldet wird, führen die sächsischen Flüsse Hochwasser. In Dresden beträgt der Wasserstand der Elbe 3 Meter über Normal. Auch in der Baulitz und dem Vogtlande sind die Flüsse durch Hochwasser in ständigem Steigen begriffen.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht Hannover verurteilte nach dreitägiger Hauptverhandlung den Bergmann Wilhelm Müller, der am 19. Oktober 1920 in Golding seine Ehefrau mit einer Drahtschlinge erdrosselt und die Leiche in die Leine geworfen hatte, da die Kat mit Ueberlegung begangen war, wegen Mordes zum Tode.

Großfeuer in Kiel. In den Abendstunden brach auf der Kieler Werft der Deutschen Werke in einem Reparaturschuppen für Eisenbahnwaggons Feuer aus, das schnell um sich griff und das Gebäude sowie alle darin befindlichen Waggons vernichtete. Der Materialschaden ist erheblich.

Ein neues Erdbeben zeigten die Apparate der Erdbebenwarte in Kapel am Dienstagabend an. Der Herd der Erschütterung wird in Amerika vermutet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis Kreuzberg. Freitag, den 9. d. M., 7 Uhr, Kreisvorstandssitzung bei Heim, Urbanstr. 29. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.
14. Kreis Reinick. Sonnabend, den 10. Februar, 6 Uhr, engere Vorstandssitzung im Parteibureau, Redakteur: 3.
Charlottenburg-Spandau. Jeden Sonnabend von 5-6 Uhr im Jugendheim, Charlottenburg, Kollnstr. 4, juristische Sprechstunde.

Heute, Freitag, den 9. Februar:

5. Abt. Die Funktionärskonferenz findet nicht heute statt, sondern erst Montag, den 12. Februar, bei Heiler, Georgenstraße, 24.
74. Abt. Schöneberg. 7 1/2 Uhr bei Richter, Potsdamer Str. 25, Vorstandssitzung mit sämtlichen Funktionären, Elternbeiräten und Bürgerdeputierten. Vortrag des Genossen Krille über Organisationsfragen. Erscheinen oder ist unbedingt notwendig.
Schöneberg. 77. Abt. 7 1/2 Uhr erweiterte Vorstandssitzung in der Schule Frankstr. 10-11. — 78. Abt. 7 Uhr wichtige erweiterte Vorstandssitzung. Die Funktionäre werden gebeten, pünktlich um 7 Uhr zu erscheinen, da um 11 Uhr Vollversammlung ist.

Morgen, Sonnabend, den 10. Februar:

20. Abt. 7 Uhr in der Juristischen Sprechstunde Funktionärskonferenz.
47. Abt. Pünktlich 7 Uhr Konferenz aller Funktionäre, Betriebsleiterinnen und der in der Gemeinde tätigen Genossen und Genossinnen bei Gürtel, Poststr. 20, Saal Nr. 1, 1. Obergeschoss.
Charlottenburg. 32. Abt. 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung bei Beck, Dannebergstr. 20. — 34. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärsvorstellung bei Schneider, Holzenerstraße, 14.
65. Abt. Tempelhof. 7 1/2 Uhr Jahresheld des 2. und 5. Bezirks im Logenheim, Friedrich-Wilhelm-Str. 6, 2. Obergeschoss.
102. Abt. Baumgartenweg. 7 Uhr im Hofsaal der 2. Gemeindefabrik, Riefenstraße, Vortrag der Genossin Rahm-Schuch: „Die Erziehung des Kindes zum Menschlichen und Sozialen“.
119. Abt. Hakenstraße. 7 1/2 Uhr Funktionärsvorstellung bei Gies, Hakenstraße, 6. Die Ritterschule, Vortrag des Genossen Lohmann. Da die Ausgabe der neuen Karten stattfindet, werden die Gruppenleiter gebeten, pünktlich und vollständig zu erscheinen.
123. Abt. Reinick. 7 1/2 Uhr Funktionärsvorstellung im Lehrerzimmer der Schule Abelstr. 25.
Jungfernkiez. Gruppe Baumgartenweg: 7 Uhr im Hofsaal der Gemeindefabrik Riefenstraße, Vortrag der Genossin Rahm-Schuch: „Die Erziehung des Kindes zum Menschlichen und Sozialen“.
17. Abt. Die Bezirksleiter laden zur Abteilungsversammlung am Mittwoch, den 14. d. M., ein.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Am Sonnabend, den 10. Februar, abends 7 Uhr, findet im Jugendheim, Lindenstr. 5, eine Konferenz der Abteilungsleiterinnen statt. Alle Abteilungen müssen vertreten sein. Zutritt haben nur die 1. und 2. Vorstände jeder Abteilung. Besprechungen der Vorstandsmitglieder müssen noch vor der Konferenz dem Jugendsekretariat mitgeteilt werden. Vertretungen sind nicht zulässig. Bezirksvorstand.

Heute, Freitag, den 9. Februar:

Abteilung: Jugendheim Himmelsstr. 12, Ostkreuz/Sonnenberg: Wir und unsere Gegner. — Glanzburg: Jugendheim Gemeindefabrik Riefenstraße, Riefenstraße, 6. — Landsberger Bezirks Jugendheim Gemeindefabrik Ostkreuz, Ostkreuz. — Der Verein Sozialistische Arbeiterjugend. — Rosbitz: Jugendheim Gemeindefabrik Waldenstraße, 21, Riegelbergervorstellung. — Reinick: Jugendheim Rosgitz, M. Mitgliederversammlung. — Reberitz: Jugendheim Gemeindefabrik Scheerbergstraße, Vortrag: „Sozialismus und Jugendbewegung“. — Süden: Jugendheim Hakenstraße, Riefenstraße, Vortrag: „Entwicklung der Erde in den verschiedenen Erdperioden“. — Weiskopf: Jugendheim Weiskopf, Weiskopf, Mitgliederversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutscher Realverband. C. V. Ortsgruppe Berlin. Am Freitag, den 9. d. M., spricht Herr Dr. Adolph Brand-Weisen in der Aula des Werner-Siemens-Gymnasiums, Hohenpfortstr. 47-48, über das Thema: „Attualismus als Weltanschauung“. Beginn 7 1/2 Uhr.
Königshagen. Mittwoch, den 8. Februar, abends 7 Uhr im Hotel Adlon, Große Frankfurter Str. 117, Funktionärsvorstellung für den 3. Verwaltungsbezirk, Gruppe Adlonplatz, Mitgliederabend und Mitarbeiterabend legitimiert. — Mitarbeiterabend, Gruppe Adlonplatz.

Arbeiter Sport.

„Freie Schwimmer“ Reinick. Die für diesen Sonnabend (10. Februar) angesetzte Mitgliederversammlung ist wegen des Schwimmfestes in der Grotte auf den nächstfolgenden Sonnabend (17. Februar) verlegt worden.

Quittung.

Bisher wurden weiter folgende vom Betriebssekretariat ausgegebene Sammellisten abgeliefert:

206. Lehrkräfte 2. 2065 625 SR., 2. 2066 230 SR., 2. 2067 835 SR., 2. 2068 240 SR., 2. 2069 145 SR., 2. 2070 260 SR., 2. 2071 1545 SR., 2. 2072 430 SR., 2. 2073 20 SR., 2. 2074 844 SR., 2. 2075 305 SR., 2. 2076 430 SR., 2. 2077 1090 SR., 2. 2078 140 SR., 2. 2079 130 SR., 2. 2080 100 SR., 2. 2081 140 SR., 2. 2082 130 SR., 2. 2083 335 SR., 2. 2084 730 SR., 2. 2085 340 SR., 2. 2086 180 SR., 2. 2087 460 SR., 2. 2088 228 SR., 2. 2089 130 SR., 2. 2090 875 SR., 2. 2091 215 SR., 2. 2092 1145 SR., 2. 2093 500 SR., 2. 2094 1710 SR., 2. 2095 730 SR., 2. 2096 2100 SR., 2. 2097 1810 SR., 2. 2098 1720 SR., 2. 2099 750 SR., 2. 2100 505 SR., 2. 2101 1750 SR., 2. 2102 850 SR., 2. 2103 1900 SR., 2. 2104 1245 SR., 2. 2105 1170 SR., 2. 2106 1170 SR., 2. 2107 150 SR., 2. 2108 150 SR., 2. 2109 150 SR., 2. 2110 150 SR., 2. 2111 150 SR., 2. 2112 150 SR., 2. 2113 150 SR., 2. 2114 150 SR., 2. 2115 150 SR., 2. 2116 150 SR., 2. 2117 150 SR., 2. 2118 150 SR., 2. 2119 150 SR., 2. 2120 150 SR., 2. 2121 150 SR., 2. 2122 150 SR., 2. 2123 150 SR., 2. 2124 150 SR., 2. 2125 150 SR., 2. 2126 150 SR., 2. 2127 150 SR., 2. 2128 150 SR., 2. 2129 150 SR., 2. 2130 150 SR., 2. 2131 150 SR., 2. 2132 150 SR., 2. 2133 150 SR., 2. 2134 150 SR., 2. 2135 150 SR., 2. 2136 150 SR., 2. 2137 150 SR., 2. 2138 150 SR., 2. 2139 150 SR., 2. 2140 150 SR., 2. 2141 150 SR., 2. 2142 150 SR., 2. 2143 150 SR., 2. 2144 150 SR., 2. 2145 150 SR., 2. 2146 150 SR., 2. 2147 150 SR., 2. 2148 150 SR., 2. 2149 150 SR., 2. 2150 150 SR., 2. 2151 150 SR., 2. 2152 150 SR., 2. 2153 150 SR., 2. 2154 150 SR., 2. 2155 150 SR., 2. 2156 150 SR., 2. 2157 150 SR., 2. 2158 150 SR., 2. 2159 150 SR., 2. 2160 150 SR., 2. 2161 150 SR., 2. 2162 150 SR., 2. 2163 150 SR., 2. 2164 150 SR., 2. 2165 150 SR., 2. 2166 150 SR., 2. 2167 150 SR., 2. 2168 150 SR., 2. 2169 150 SR., 2. 2170 150 SR., 2. 2171 150 SR., 2. 2172 150 SR., 2. 2173 150 SR., 2. 2174 150 SR., 2. 2175 150 SR., 2. 2176 150 SR., 2. 2177 150 SR., 2. 2178 150 SR., 2. 2179 150 SR., 2. 2180 150 SR., 2. 2181 150 SR., 2. 2182 150 SR., 2. 2183 150 SR., 2. 2184 150 SR., 2. 2185 150 SR., 2. 2186 150 SR., 2. 2187 150 SR., 2. 2188 150 SR., 2. 2189 150 SR., 2. 2190 150 SR., 2. 2191 150 SR., 2. 2192 150 SR., 2. 2193 150 SR., 2. 2194 150 SR., 2. 2195 150 SR., 2. 2196 150 SR., 2. 2197 150 SR., 2. 2198 150 SR., 2. 2199 150 SR., 2. 2200 150 SR., 2. 2201 150 SR., 2. 2202 150 SR., 2. 2203 150 SR., 2. 2204 150 SR., 2. 2205 150 SR., 2. 2206 150 SR., 2. 2207 150 SR., 2. 2208 150 SR., 2. 2209 150 SR., 2. 2210 150 SR., 2. 2211 150 SR., 2. 2212 150 SR., 2. 2213 150 SR., 2. 2214 150 SR., 2. 2215 150 SR., 2. 2216 150 SR., 2. 2217 150 SR., 2. 2218 150 SR., 2. 2219 150 SR., 2. 2220 150 SR., 2. 2221 150 SR., 2. 2222 150 SR., 2. 2223 150 SR., 2. 2224 150 SR., 2. 2225 150 SR., 2. 2226 150 SR., 2. 2227 150 SR., 2. 2228 150 SR., 2. 2229 150 SR., 2. 2230 150 SR., 2. 2231 150 SR., 2. 2232 150 SR., 2. 2233 150 SR., 2. 2234 150 SR., 2. 2235 150 SR., 2. 2236 150 SR., 2. 2237 150 SR., 2. 2238 150 SR., 2. 2239 150 SR., 2. 2240 150 SR., 2. 2241 150 SR., 2. 2242 150 SR., 2. 2243 150 SR., 2. 2244 150 SR., 2. 2245 150 SR., 2. 2246 150 SR., 2. 2247 150 SR., 2. 2248 150 SR., 2. 2249 150 SR., 2. 2250 150 SR., 2. 2251 150 SR., 2. 2252 150 SR., 2. 2253 150 SR., 2. 2254 150 SR., 2. 2255 150 SR., 2. 2256 150 SR., 2. 2257 150 SR., 2. 2258 150 SR., 2. 2259 150 SR., 2. 2260 150 SR., 2. 2261 150 SR., 2. 2262 150 SR., 2. 2263 150 SR., 2. 2264 150 SR., 2. 2265 150 SR., 2. 2266 150 SR., 2. 2267 150 SR., 2. 2268 150 SR., 2. 2269 150 SR., 2. 2270 150 SR., 2. 2271 150 SR., 2. 2272 150 SR., 2. 2273 150 SR., 2. 2274 150 SR., 2. 2275 150 SR., 2. 2276 150 SR., 2. 2277 150 SR., 2. 2278 150 SR., 2. 2279 150 SR., 2. 2280 150 SR., 2. 2281 150 SR., 2. 2282 150 SR., 2. 2283 150 SR., 2. 2284 150 SR., 2. 2285 150 SR., 2. 2286 150 SR., 2. 2287 150 SR., 2. 2288 150 SR., 2. 2289 150 SR., 2. 2290 150 SR., 2. 2291 150 SR., 2. 2292 150 SR., 2. 2293 150 SR., 2. 2294 150 SR., 2. 2295 150 SR., 2. 2296 150 SR., 2. 2297 150 SR., 2. 2298 150 SR., 2. 2299 150 SR., 2. 2300 150 SR., 2. 2301 150 SR., 2. 2302 150 SR., 2. 2303 150 SR., 2. 2304 150 SR., 2. 2305 150 SR., 2. 2306 150 SR., 2. 2307 150 SR., 2. 2308 150 SR., 2. 2309 150 SR., 2. 2310 150 SR., 2. 2311 150 SR., 2. 2312 150 SR., 2. 2313 150 SR., 2. 2314 150 SR., 2. 2315 150 SR., 2. 2316 150 SR., 2. 2317 150 SR., 2. 2318 150 SR., 2. 2319 150 SR., 2. 2320 150 SR., 2. 2321 150 SR., 2. 2322 150 SR., 2. 2323 150 SR., 2. 2324 150 SR., 2. 2325 150 SR., 2. 2326 150 SR., 2. 2327 150 SR., 2. 2328 150 SR., 2. 2329 150 SR., 2. 2330 150 SR., 2. 2331 150 SR., 2. 2332 150 SR., 2. 2333 150 SR., 2. 2334 150 SR., 2. 2335 150 SR., 2. 2336 150 SR., 2. 2337 150 SR., 2. 2338 150 SR., 2. 2339 150 SR., 2. 2340 150 SR., 2. 2341 150 SR., 2. 2342 150 SR., 2. 2343 150 SR., 2. 2344 150 SR., 2. 2345 150 SR., 2. 2346 150 SR., 2. 2347 150 SR., 2. 2348 150 SR., 2. 2349 150 SR., 2. 2350 150 SR., 2. 2351 150 SR., 2. 2352 150 SR., 2. 2353 150 SR., 2. 2354 150 SR., 2. 2355 150 SR., 2. 2356 150 SR., 2. 2357 150 SR., 2. 2358 150 SR., 2. 2359 150 SR., 2. 2360 150 SR., 2. 2361 150 SR., 2. 2362 150 SR., 2. 2363 150 SR., 2. 2364 150 SR., 2. 2365 150 SR., 2. 2366 150 SR., 2. 2367 150 SR., 2. 2368 150 SR., 2. 2369 150 SR., 2. 2370 150 SR., 2. 2371 150 SR., 2. 2372 150 SR., 2. 2373 150 SR., 2. 2374 150 SR., 2. 2375 150 SR., 2. 2376 150 SR., 2. 2377 150 SR., 2. 2378 150 SR., 2. 2379 150 SR., 2. 2380 150 SR., 2. 2381 150 SR., 2. 2382 150 SR., 2. 2383 150 SR., 2. 2384 150 SR., 2. 2385 150 SR., 2. 2386 150 SR., 2. 2387 150 SR., 2. 2388 150 SR., 2. 2389 150 SR., 2. 2390 150 SR., 2. 2391 150 SR., 2. 2392 150 SR., 2. 2393 150 SR., 2. 2394 150 SR., 2. 2395 150 SR., 2. 2396 150 SR., 2. 2397 150 SR., 2. 2398 150 SR., 2. 2399 150 SR., 2. 2400 150 SR., 2. 2401 150 SR., 2. 2402 150 SR., 2. 2403 150 SR., 2. 2404 150 SR., 2. 2405 150 SR., 2. 2406 150 SR., 2. 2407 150 SR., 2. 2408 150 SR., 2. 2409 150 SR., 2. 2410 150 SR., 2. 2411 150 SR., 2. 2412 150 SR., 2. 2413 150 SR., 2. 2414 150 SR., 2. 2415 150 SR., 2. 2416 150 SR., 2. 2417 150 SR., 2. 2418 150 SR., 2. 2419 150 SR., 2. 2420 150 SR., 2. 2421 150 SR., 2. 2422 150 SR., 2. 2423 150 SR., 2. 2424 150 SR., 2. 2425 150 SR., 2. 2426 150 SR., 2. 2427 150 SR., 2. 2

Hungersnot.

Von Dr. med. Alfred Guttmann.

Hungersnot — wie leicht liest sich dieses Wort — und welche Höllequalen birgt es. Wir alle waren Zeugen der fürchterlichsten Hungersnot, die wohl je ein Volk heimgesucht hat, wir wissen aus Ranjens Berichten und anderen Dokumenten, wie in Rußland vor Hungerqualen Menschen zu wilden Tieren geworden sind. Waren es mehr allgemeine Eindrücke, die der Leser solcher Berichte empfing, so haben wir nun, zum erstenmal in Deutschland, die offiziellen Zahlen und Daten kennengelernt, aus denen wir uns erst ein richtiges Bild machen können. Dieser Tage hat Professor Slowhow, ein führender Gelehrter der Petersburger Universität, vor dem Forum einer Berliner naturwissenschaftlichen Gesellschaft einen Bericht über die wissenschaftlichen Untersuchungen der wichtigsten russischen Universitätsinstitute vorgetragen, dessen erschütternde Einzelheiten uns aufklären und warnen. Außer von höchst interessanten Entdeckungen, die — im Osten der großen Trennungsmauer — russische Forscher von 1914 an bis heute gemacht haben, berichtete der Vortragende vor allem über naturwissenschaftliche Resultate, die sich aus der Beobachtung der Hungersnot in Petersburg ergaben. Dieses große „Material“, das jemals in Wasseruntersuchungen verwendet werden konnte, bezieht also einen von der Außenwelt gewissermaßen abgeschnittenen städtischen Bezirk.

Um eine Wohnung im Winter zu heizen, braucht man einen bestimmten Vorrat an Heizmaterial; der Endeffekt hängt aber bekanntlich nicht nur von der Quantität, sondern auch von der Qualität des verwendeten Materials ab. Ähnlich mag man sich den Betrieb der komplizierten Maschine vorstellen, die ein warmblütiges, auf etwa 37 Grad zu erhaltendes Lebewesen darstellt. So weiß man, daß für den erwachsenen Menschen eine Quantität von Nahrungsmitteln nötig ist, deren Summe, auf eine Brennwerteneinheit, die man „Kalorien“ nennt, umgerechnet, mindestens 2400 Kalorien betragen muß. Eine weitere Voraussetzung, daß diese Ernährungsmenge genügt, ist, daß in ihr wichtige Elemente, neben Eiweiß vor allem Fett, in prozentual ausreichender Menge vorhanden sind. Sowohl an kalorisch ausreichender Nahrung als auch an Fett fehlte es in Rußland in den Hungerjahren. So ergaben die offiziellen Zahlen zwei Gipfelpunkte der Höchststerblichkeit: der erste fällt ins Jahr 1918, als man für den Kopf der Bevölkerung nur 600 Kalorien (also nur ein Viertel des nötigen Nahrungswertes) zur Verfügung hatte; in dieser Zeit starben den Hungertod von je 1000 Menschen 60! Zwei Jahre später war zwar die Kalorienmenge auf mehr als das Doppelte hiervon gestiegen (1460); aber jetzt war der Fettgehalt geringer, und so starben in dieser Zeit von 1000 Menschen je 80! Petersburg wurde entvölkert. Man steigerte daraufhin die Rationen für einzelne Gruppen. Es bekam z. B. jeder Soldat 1500 Kalorien, die Kranken in den Hospitälern und die Kinder etwa 1800 Kalorien.

Zeitweise sank die Gesamtmenge des Nährwertes auf noch weit geringere Zahlen: ein halbes Jahr lang etwa mußt sich die in 4 Gruppen eingeteilten Bewohner von Petersburg mit folgenden Rationen begnügen: Die erste Gruppe (die Arbeiter) erhielten 475 Kalorien pro Tag, die zweite Klasse (wozu die Beamten zählen) erhielt 240 Kalorien — also genau ein Zehntel der auskömmlichen Menge —, die dritte Klasse (zu dieser zählen die Lehrer und Professoren, also auch unser Vortragender) erhielten nur 135 Kalorien pro Tag, und die vierte und letzte Klasse (also die Bürger) erhielten noch viel weniger — mit dem Effekt, daß sie sterben oder auswandern mußten. Die Erfahrungen, die man mit einem Massensterben der Gelehrten in diesen Jahren machte, führten dann dazu, deren Rationen zu erhöhen. — Zum Vergleich mit diesen Zahlen möge angeführt werden, daß wir in Deutschland z. B. in Gefangenenslagern während unserer eigenen Hungerperiode schon schwere Schädigungen beobachteten, wenn wir unter 1500 Kalorien heruntergingen.

Die Nährpräparate zu prüfen und auf Methoden zur Streckung der Nahrungsmittel oder zur Gewinnung neuer Nährmerke zu sinnen, war dort, genau wie bei uns, die Aufgabe der Wissenschaften. Da die Bevölkerung sehr viel Bonbons einer bestimmten Art konsumierte, wurden diese analysiert. Es stellte sich heraus, daß sie aus Agar, Ton und Saccharin bestanden und mit Anilinfarben buntgemacht waren — diese Bonbons haben also einen Nährwert gleich Null, man hätte ebenso gut Kieselsteine kauen können. Andere interessanten Untersuchungen stellten fest, daß das sehr viel verwendete sogenannte „schwedische Mehl“ nichts anderes als Zellulose war und somit nur als unschädlicher Ballast durch den Verdauungskanal ging. Wenn man es aber mit Kartoffelschalen zusammen verarbeitete, so gab es mit diesen zusammen eine Art Nährhefe. Grob ausgedrückt: das, was sonst als Futter für Wiederkäuer verwendet wurde, mußte nun vom Menschen mit seinem ganz anderen Verdauungsapparat bewältigt werden.

Sehr interessante und neuartige Entdeckungen über die Wirkungen des Hungers überraschten uns. Hierdurch werden erst Erscheinungen, die wir täglich mit Trauer wahrnehmen, verständlich: die nervöse Reizbarkeit unterernährter Menschen findet ihre Begründung in den neuen Feststellungen, daß die an Hunger Verstorbenen eine besonders starke Einbuße an der sogenannten grauen Substanz des Gehirnes erlitten hatten, der „Hirnrinde“, die Trägerin alles seelischen Geschehens ist. Auch bei einzelnen lebenswichtigen Nerven konnte eine Veränderung durch das Verhungern des Menschen festgestellt werden: z. B. wurde durch die Abmagerung der Leibesorgane der sog. nervus vagus, der im Innern der Körperhöhle verläuft, auf schwerste geschädigt. Das Resultat sind u. a. Magen-geschwüre und schwerer Brand an Händen und Füßen.

Ebenso zeigt bei Hungernden der tägliche Verlauf der Körpertemperatur große Abweichungen von der Norm — kurz, eine Menge bisher gänzlich unbekannter Beziehungen zwischen dem Hunger und seelisch-körperlichen Zuständen wurde erforscht. Auch für volkswirtschaftliche Fragen wurde Anregung gegeben: Man hat in russischen wissenschaftlichen Instituten Versuche ausgearbeitet, um in großen Mengen aus Zellulose Zucker zu gewinnen — ein Problem, das bei uns wohl für das Laboratorium, nicht aber für die Technik gelöst ist.

Alle diese oft erschütternden und zum größten Teil völlig neuen Tatsachen wurden von dem Vortragenden in streng wissenschaftlicher Form ohne jede polemische oder kritische Äußerung über die russischen Zustände vorgetragen. Das Zahlenmaterial ist amtlich, muß also als authentisch angesehen werden. Ueber die späteren (vielleicht noch schimmern) Hungersnöte in der Ukraine hat der Vortragende, ohne es zu begründen, nicht berichtet.

Während die Verammlung somit dauernd unter dem erschütternden Eindruck dieser Zustände stand, ging bei einer Stelle des Berichts eine erstaunte, fast neidische Bewegung durch den Saal, als der Vortragende erzählte, daß dem berühmten Professor Pawlow (dessen Tod schon mehrfach fälschlich berichtet war) von der Regierung für seine Versuche 100 Hunde zur Verfügung gestellt sind. Man muß nämlich wissen, daß solche Versuche an Hunden (über Stoffwechsel, nervöse Erscheinungen und hundert andere Fragen) die Voraussetzung für die Uebertragung der hier gewonnenen Resultate auf Menschen sind. Der Etat unserer wissenschaftlichen Institute in Deutschland ist aber so, daß an den Kauf und Unterhalt von Hunden, wie man sie früher in Massen hierfür hatte, nicht mehr zu denken ist. Sogar Kaninchen, Meerschweinchen, ja selbst Frösche sind aus Institutsmitteln kaum noch anzuschaffen. Und unsere Gelehrten sind natürlich nicht in der Lage, sich solchen Luxus auf eigene Kosten zu leisten. Hoffentlich erkennt man auch bei uns, welche weittragende Bedeutung die Förderung und Unterstützung dieser wissenschaftlichen Untersuchungen für das Volksganze haben!

Wirtschaft

Deutsche Wirtschaft und Ruhrbelegung.

Im Anschluß an die Vollversammlung des Reichswirtschaftsrats am Mittwoch hielt dessen Wirtschaftspolitische Ausschuh eine Sitzung ab, in der im Rahmen einer Aussprache über die allgemeine Wirtschaftslage der Reichsstaatskommission einen eingehenden Ueberblick gab über die Versorgung des unbesetzten Deutschlands mit in- und ausländischen Rohstoffen. Er stellte fest, daß die Versorgungsmächte Frankreich und Belgien bisher weniger Rohstoffe aus dem Ruhrgebiet haben ziehen können, als ihnen vor der Besetzung an einem einzigen Tage geliefert wurden. Die Bestände der öffentlichen und privaten Betriebe seien für längere Zeit ausreichend und die Versorgung aller lebenswichtigen Betriebe gesichert. Insbesondere werde auch die Landwirtschaft für den Herbst- und Frühjahrsbestellung notwendigen Brennstoffe erhalten.

In der Aussprache betonten die Vertreter aus dem alt- und neu-besetzten Gebiet den Willen und auch die Möglichkeit zur Durchführung des Widerstandes. Um die Rohstoffversorgung weiterhin zu ermöglichen, forderten die Arbeitgebervertreter die Förderung der Ausfuhr und eine weitgehende Kreditunterstützung durch die Reichsbank. Vertreter der Arbeitnehmer wiesen darauf hin, daß auch der Inlandsmarkt belebt werden müsse und forderten eine Hebung der Kaufkraft im Inland durch Anpassung der Löhne und Gehälter an die Warenpreise. Der Vorsitzende des Ausschusses fasste das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß die Lage des Reiches durch den Einbruch in deutsches Gebiet zwar sehr ernst ist und daß der Kampf über seinen Bestand entscheiden wird, daß aber die Durchführung des Widerstandes und damit der endliche Erfolg gesichert ist, solange der einheitliche Wille des deutschen Volkes seine gesammelte Kraft ersichtlich auf dieses Ziel richtet.

Die steigenden Nahrungsmittelpreise.

Im Kleinhandel macht die Verteuerung entsprechend starke Fortschritte. Das geht aus den Preisberechnungen R. Calwers hervor; er ermittelt für die letzten 6 Wochen für den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand einer viertköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, auf Grund der Groß-Berliner Lebensmittelpreise folgende Indezsziffern in Mark:

	Index		Index
29. Dezember 1922	21 730	20. Januar	42 942
6. Januar 1923	26 805	27. Januar	55 790
13. Januar 1923	31 847	3. Februar	73 889

Hiernach sind also die Kosten des Nahrungsmittel-aufwandes Ende 1922 auf mehr als das Dreifache gestiegen. Im Vergleich zur Vorkriegszeit betragen sie Ende 1922 das 893fache, am 3. Februar 1923 aber bereits das 3035fache. Diese katastrophale Entwicklung bedeutet bereits für Millionen unserer Volksgenossen Hunger und bittere Not. Sie wird aber sicher zur allgemeinen Verelendung führen, wenn es nicht gelingt, eine weitere Ausbreitung der Arbeitslosigkeit hinauszuhalten. In dieser Richtung müssen schleunigt Maßnahmen getroffen werden. Alle Hilfsquellen unserer Lebensmittelversorgung sind planmäßig heranzuziehen.

Die neuen Kohlenpreise.

Die nötig gewordenen Lohnerhöhungen im Bergbau und die gestiegenen Materialpreise ergaben die Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung der Kohlenpreise. Die Organisationen der Kohlewirtschaft beschloßen daher heute, ab 9. Februar folgende Preiseerhöhungen einzutreten zu lassen:

Ruhrkohlenförderkohle 36 622, Sachsen durchschnittlich 34 272, Niederschlesien 29 804, Aachen-Schweizer 43 046, Aachen-Rordstern 48 648, Niedersachsen-Berminghausen 30 872, desgleichen Ibbendünen 29 240 M. Keine Rohbraunkohle 6497, desgleichen Britteits 22 828, mitteldeutsche Rohbraunkohle 9176, desgleichen Britteits 25 395 M., alles netto je Tonne.

Die Preiserehöhungen halten sich in Prozentziffern bei den einzelnen Revieren an das Ausmaß der bewilligten Lohnerhöhungen. Einschließlich der Steuern usw. wird sich der Preis für die Tonne Ruhrkohlenförderkohle durch die heutigen Beschlüsse von 68 411 auf 123 355 M. stellen.

Die Notenpresse arbeitet jetzt in einem geradezu unheimlichen Tempo, um den wachsenden Bedarf an Zahlungsmitteln zu befriedigen. Die Gefahr, daß der vermehrte Notendruck auch die Entwicklung der Wolata nachteilig beeinflussen muß, scheint man vollkommen zu übersehen. Die Tagesproduktion an Banknoten, die in den letzten Tagen 35 Milliarden Papiermark betrug, ist jetzt auf 45 Milliarden gesteigert. Die Einführung der 50 000-Mark-Note, die jetzt erfolgt ist, gestattet eine weitere Steigerung um 15 Milliarden pro Tag, die in der nächsten Woche bereits bis auf 75 Milliarden Gesamtproduktion herangeführt werden soll. Es werden für die Herstellung von Zahlungsmitteln von der Reichsbank 33 Druckereien und 12 Papierfabriken in Anspruch genommen. Durch die demnächst erfolgende Herstellung von 20 000-Mark- und 100 000-Mark-Scheinen und vermehrte Herausgabe von 10 000-Mark-Noten kleineren Umfanges, die besonders für Vöhungszwecke sehr begehrt sind, wird die tägliche Leistungsfähigkeit vom Ende des Monats ab auf mindestens 125 Milliarden Mark Tagesproduktion gebracht werden können. Der Monat März dürfte also mehr als 3 Billionen Mark neuer Zahlungsmittel in den Verkehr bringen. — Herrliche Ausichten für Sachwerbeförderung, um so trostloser für die Verbraucher, deren Kaufkraft auch dann von der Notenpresse zerstört wird, wenn sich die Mark wieder bessern sollte!

Das Goldvorkaufsgeld beträgt für die Zeit vom 14. bis einschließlich 20. Februar 7 09 000 v. H. gegenüber 474 900 v. H. in der Vorwoche. Es sind also jetzt 7106fache Zölle in Geltung.

Eine privatwirtschaftliche Organisation für Schrotteinkauf. Von den ober-schlesischen und mitteldeutschen Eisenhüttenwerken ist eine „Eisenkredit-Aktiengesellschaft“ mit einem Aktienkapital von 500 Millionen Mark gegründet worden zur Finanzierung des Bedarfs an Einschmelzmaterial für die an die Schrotteinkaufsgesellschaft angeschlossenen Werke: Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-A.G., Oberschlesische Eisenindustrie-A.G., Bismarckhütte, Vorkwärl A.G., Rattowitzer Bergbau A.G., Stahlwerk Hennigsdorf A.G., Deutsch-luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.G., Abt. Weber Brandenburg, Aktiengesellschaft Ferrum, Ganz u. Co., Danubius A.G. — An der Gesellschaft sind außerdem beteiligt die Handelsfirmen Schweiger u. Oppler, Berlin und J. Adler jun., Frankfurt a. M., sowie ferner die diesen Firmen bzw. den ober-schlesischen Werken nahebedingten Banken: Darmstädter und Nationalbank, Deutsche Bank, Direktion der Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Commerz- und Privatbank, Berliner Handelsgesellschaft, J. H. Stein, Köln, Carl Cahn, Berlin, J. Dreyfus u. Co., Berlin.

Zusammenschluß im Luftverkehrswesen. Die Deutsche Luft-Reederei und der Lloyd-Luftdienst haben ihre Luftverkehrsinteressen in der am 6. Februar 1923 mit 100 000 000 Mark gegründeten Aero-Lloyd A.G. vereinigt, um so eine größtmögliche Wirtschaftlichkeit der Betriebe sicherzustellen. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde Reichsminister a. D. v. Raumer gewählt, ferner sind im Aufsichtsrat vertreten die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd.

Die Eisenerzlager der Welt. Die Ruhrbelegung hat die Aufmerksamkeit der Welt auf die Eisenerzlager gelenkt. In den Besitzverhältnissen der Erzlager ist bekanntlich nach dem Kriege eine grundlegende Änderung eingetreten. Die großen Eisenerzlager von Lothringen sind gegenwärtig fast alle in französischem Besitz, während vor dem Kriege zwei Drittel dieser Erzlager in deutschen und ein Drittel in französischen Händen waren. Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie bediente sich überwiegend der lothringischen Eisenerze. Infolge der französischen Gewaltpolitik sind nun aber auch schon vor der Ruhrbelegung, verschiedenen Berichten zufolge, Lieferungsverträge für schwedische Erze mit deutschen Industrien in großem Umfang abgeschlossen worden. Als Exportländer für Eisenerze kamen vor dem Kriege außer Schweden Rußland, Nordafrika und Neufundland in Betracht. In der letzten Zeit haben jedoch auch die Erzlager eine Wichtigkeit gewonnen, welche sich in Australien, Brasilien, Chile, Indien und Südafrika befinden. Erst vor kurzem ist ein riesiges Eisenerzlager in Neufundland entdeckt worden mit sehr hochwertigen Erzen. Die Förderung soll bereits in den ersten Jahren 100 000 Tonnen im Jahre betragen. Für die Ausbeutung der südafrikanischen und indischen Eisenerzlager bedarf es des Ausbaues der Eisenbahnen. Wenn dies erfolgt, so wird der gegenwärtige Weltmarkt an Eisenerzen eine enorme Steigerung erfahren. Eines der wichtigsten und reichsten unter den bisher bekannten Eisenerzlagern ist vor kurzem in Brasilien entdeckt worden. Eine Anzahl europäischer und amerikanischer Konzerne haben bereits Teile des betreffenden Gebiets aufgekauft. Der Ausbau der Eisenbahnen und Häfen ist zur Ausbeutung dieses Riesenerz-lagers ebenfalls notwendig.

Der Aufschwung des englischen Kohlenports. Im Januar 1921 fand der große englische Kohlenstreik statt, während das darauffolgende Jahr eine Erhöhung der Kohlenproduktion auf den Vorkriegsstand und gleichzeitig eine wesentliche Erhöhung des englischen Kohlenports brachte. Die englische Kohstoffausfuhr betrug 1922 trotz der Preisrückgänge 33 Millionen Pfund mehr als im Jahre 1921, wofür in erster Linie die gesteigerte Kohlenausfuhr verantwortlich ist. So hat z. B. Deutschland im Jahre 1921 bloß 818 000 Tonnen im Werte von einer halben Million Pfund Sterling von England gekauft, im Jahre 1922 dagegen bereits 8 346 000 Tonnen im Werte von 8,1 Millionen Pfund Sterling. Die deutsche Kohlennot infolge der Reparationszahlungen an Frankreich und Italien hatte diese Käufe notwendig gemacht. Italien, das vor einigen Jahren statt englischer amerikanische Kohle eingeführt hatte, kauft wieder englische Kohle. Die Senkung der englischen Kohlenpreise, besonders aber der amerikanischen Kohlenstreik im Jahre 1922 haben die amerikanische Kohle vom italienischen und anderen europäischen Märkten ferngehalten. Die Exportkohle wird überwiegend in den Bergwerken von Südwales gefördert, von wo Mitte Januar 1923 wöchentlich ungefähr eine halbe Million Tonnen, ein Zehntel der gesamten englischen Kohlenproduktion, ausgeführt wurden. Von den überseeischen Märkten liefert England Kohle nach den Vereinigten Staaten, Südamerika und in geringeren Mengen nach Kanada. Infolge der Ruhrbelegung hat sich die Nachfrage nach englischer Kohle in Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Ländern erhöht.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 1 Schweizer Franc 6274,27 Geld, 6305,73 Brief; 1 japanische Peleta 5211,93 Geld, 5235,07 Brief; 100 österr. Kronen 48,12 Geld, 48,38 Brief; 1 scheidische Krone 995,— Geld, 1000,— Brief; 1 ungarische Krone 12,66 Geld, 12,74 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 315,21 Geld, 316,79 Brief. 100 Polensmark galten im freien Verkehr 97—100 Mark.

Wetter bis Sonnabend mittag. Im Westen etwas wärmer, überwiegend bewölkt mit geringen Niederschlägen. Im Osten trocken und viel, nach heiler bei leichtem Frost. Ueberall frische südböische Winde.

Henkel's Dub- und Scheuerpulver;
für Haushalt, Gewerbe und Industrie
unentbehrlich.
Alleinige Hersteller:
HENKEL & CO., DUSSELDORF.

Afta
Nutz mit Afta Seife und Herd
Weil's den schönsten Glanz bescheert!

